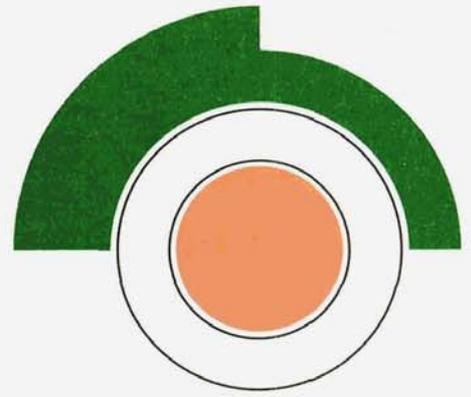


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 5



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 25. 3. 1997

WORT UND WIDERWORT

Sollen harte Drogen legalisiert werden?

Für langjährig schwerstabhängige Heroinkonsumenten solle rechtlich abgesichert ermöglicht werden, daß der Heroingebrauch unter bestimmten Bedingungen straffrei gestellt sei. Hauptgrund für eine solche Absicht sei folgender: Es gebe eine Reihe von „Offenen Szenen“ in den großen Städte mit gesundheitlicher und sozialer Verelendung sowie Störung des öffentlichen Lebens. Eine bloße Zerschlagung solcher Szenen helfe nicht weiter. Sie entstünden an anderer, teilweise noch problematischerer Lage neu. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Frank Sichau**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** betont, die mit einer Legalisierung harter Drogen verbundenen Risiken seien größer als der Nutzen der angestrebten „Entkriminalisierung“. Dies gelte auch vor dem Hintergrund der erschreckenden Erfahrungen mit dem massenhaften Mißbrauch legaler Suchtmittel wie Alkohol und Nikotin. Ziel einer verantwortungsvollen Drogenpolitik könne es daher nicht sein, den Umgang mit harten Drogen zu lehren, sondern für ein Leben ohne Sucht und Drogen einzutreten. Der GRÜNE-Abgeordnete **Daniel Kreutz** merkt an, kontrollierte Heroinabgabe sei notwendig, um mit einer ungleich risikoärmeren Alternative zum Straßenstoff die Chancen der Betroffenen zu erhöhen, lebend durch die Sucht zu kommen. Sie würden vom Zwang befreit, täglich die Profitgier der Drogenmafia durch Beschaffungskriminalität oder Beschaffungsprostitution zu befriedigen. Das Hilffsystem hätte die Chance, den Klientinnen und Klienten im regelmäßigen Kontakt auch weitere Hilfen näherzubringen. (Seite 2)

Schutz junger Menschen vor Telefonsexdiensten

Aufklären und die Werbung unterbinden

Telefonsexdienste kümmern sich bei ihren Anruferinnen nicht um das Alter. So kann es vorkommen, daß zwölfjährige Mädchen mit Männern verbunden werden, die über solche Kontakte Treffen mit Kindern verabreden wollen. Dieser sexuellen Ausbeutung von Kindern soll die Landesregierung einen Riegel vorschieben.

Land setze sich dafür ein, die Strafandrohung für sexuellen Mißbrauch zu erhöhen. Werde der direkte persönliche Kontakt von Kindern und Jugendlichen mit Telefonsexanbietern bekannt, schalte die Landesregierung sofort die Staatsanwaltschaft ein.

Das fordert ein Antrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 12/1862), den das Plenum einstimmig verabschiedet hat. In der Debatte urteilte Brigitte Speth (SPD), daß ein wirksames rechtliches Instrumentarium schwer zu finden sei. Aber solche Vorkommnisse gefährdeten das Kinderwohl und die Entwicklung. Ute Koczy von den GRÜNEN verlangte ebenfalls, die Werbung zu unterbinden und die Betroffenen aufzuklären. Es sei an der Zeit, daß Eltern, Lehrerinnen und Lehrer ihre „Ahnungslosigkeit“ verlören und Nachforschungen betrieben, fand Regina van Dinther (CDU); es sei schon beinahe ein „Sport“, daß von Kindern die entsprechenden Telefonnummern „durchgespielt“ würden, um sich auf dem Schulhof damit zu brüsten. Familienminister Dr. Axel Horstmann (SPD) sah nur enge rechtliche Spielräume. Das

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen

Die Woche im Landtag

Steinkohle

Die Finanzierungsregelung für die Steinkohle bis 2005 wurde von den Fraktionen aus unterschiedlicher Sicht als Kompromiß gewertet. (Seite 3)

Stahlfusion

Die geplante Fusion der Stahlproduktion der Ruhrgebietskonzerne Krupp und Thyssen mit ihren Folgen beschäftigte den Landtag nach einer Regierungserklärung. (Seite 6)

Altenpflege

Der Landtag hat einstimmig einen Gesetzentwurf der drei Fraktionen verabschiedet, der Klarheit in der Altenpflege schaffen soll. (Seite 11)

Prävention

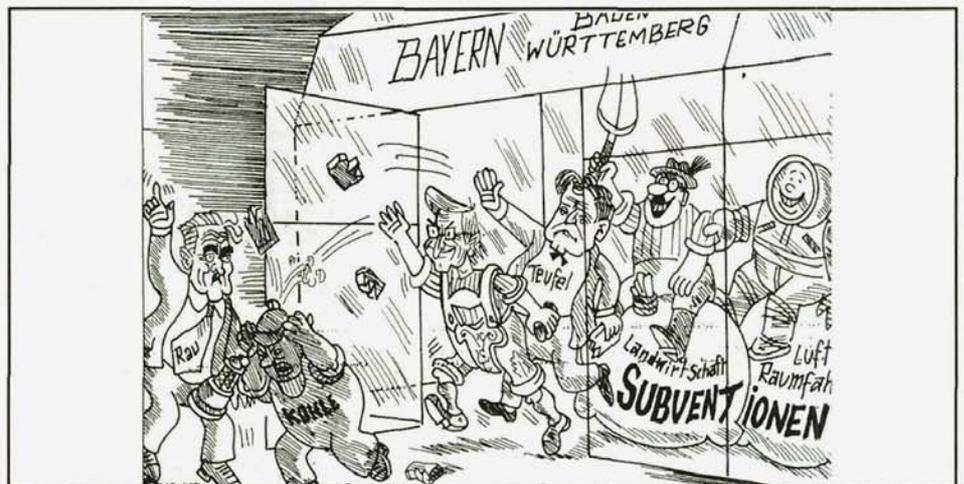
Die CDU ist mit ihrem Wunsch nach einer Vereinbarung zur Verbesserung der Drogenprävention nicht durchgekommen: Der Gesundheitsausschuß hat die Initiative endgültig abgelehnt. (Seite 14)

Fremdenverkehr

Um Steigerungsraten im Fremdenverkehr von NRW bemühte sich der Wirtschaftsausschuß auf der Tourismusbörse in Berlin. (Seite 17)

Adenauer

Vor 30 Jahren starb der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer. Vor seiner Bonner Zeit war er CDU-Fraktionschef im Landtag. (Seite 21)



Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Junge Leute sollen zu suchtfreiem Leben finden

Von
Frank Sichau

Auf eine scheinbar klare Frage eine klare Antwort:

Für langjährig schwerstabhängige Heroinkonsumenten soll rechtlich abgesichert ermöglicht werden, daß der Heroingebrauch unter bestimmten Bedingungen straffrei gestellt ist.

Im folgenden wird dieses näher erläutert und begründet.

Ich denke jedoch, daß die Antwort bereits jetzt so klar und deutlich ist, daß sie zu Mißverständnissen oder gar Horrormeldungen in keinster Weise Anlaß gibt.

Hauptgrund für eine solche Absicht vor allem in Metropolitanstädten ist folgender: Es gibt eine Reihe von „Offenen Szenen“ in den großen Städten mit gesundheitlicher und sozialer Verelendung sowie Störung des öffentlichen Lebens. Eine bloße Zerschlagung solcher Szenen hilft nicht weiter; sie entstehen an anderer, teilweise noch problematischerer örtlicher Lage neu — wie viele Erfahrungen zeigen. Diese Tatsachen, belegbar in Frankfurt und Hamburg, Berlin, Düsseldorf und anderswo zeigen sehr deutlich: Auch polizeiliche Repression — im übrigen gegenüber Kranken entsprechend der WHO-Klassifizierung — hat ihre für alle wahrnehmbaren Grenzen und die

SPD: Wir müssen zu rechtlich klaren Regelungen kommen

Hilfsangebote der Drogenberatungsstellen einschließlich der Behandlung mit Methadon erreichen offenbar einen signifikanten Teil der Hilfsbedürftigen nicht. Auch dort ist Weiterentwicklung und vor allem Differenzierung zu fordern neben dem flächendeckenden Ausbau der Methadontherapie auch und vor allem im Strafvollzug.

Zu solcher Absicht stehen immerhin neben vielen anderen die Frankfurter Oberbürgermeisterin Roth, die bekanntlich der CDU angehört, der hessische Oberstaatsanwalt Körner, die Gewerkschaft der Polizei sowie Drogenbeauftragte verschiedener Länder. Publizistisch wird diese Position unter anderem vom Sonntagsblatt vertreten und der Kölner Volkswirt Olaf Gersemann hat ein entsprechendes Buch zum Themenbereich geschrieben.

In einer der ältesten Demokratien der Welt gar, im schweizerischen Basel, existiert eine solche Praxis bereits konkret — mit ausdrücklicher Zustimmung von Fachleuten der Wirtschaft, der Stadtadministration sowie der Bürgerinnen und Bürger. Die Maßnahme, echt schweizerisch „Fixerstübli“ genannt, ist insgesamt belegbar effektiv.

Schließlich bleibt darzustellen, was konkret umgesetzt werden soll.

Hier soll — zunächst modellhaft — kontrolliert Heroin von Schwerstabhängigen, deren Lebensmittelpunkt die „Platte“ ist, in „Fixerräumen“, besser Gesundheitsräumen unter ärztlicher Verantwortung konsumiert werden. Dieser Konsum wird psychosozial begleitet, um weitere Schritte Richtung Therapie ermöglichen zu können.

Auf diese Weise werden eine Reihe negativer Folgen von Heroinkonsum überwunden.

Letztlich bleibt, sinngemäß Immanuel Kant zu bemühen: Es ist wichtig sich des Verstandes zu bedienen.

Von
Hermann-Josef Arentz

Drogen ruinieren die Gesundheit und zersetzen gesellschaftliche und staatliche Strukturen. Oberstes Ziel der Drogenpolitik muß es deshalb bleiben, für ein Leben ohne Drogen und Sucht einzutreten.

Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BGZA) aus dem Jahr 1993 dokumentiert, daß 24 Prozent der 14- bis 25jährigen Jugendlichen in den alten Bundesländern schon einmal illegale Drogen genommen haben. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, die Suchtprävention weiter auszubauen und zu verbessern. Es geht vor allem darum, die Ablehnung des Suchtmittelkonsums insbesondere bei jungen Menschen zu festigen und sie für suchtfreie Wege und Lebensformen zu gewinnen. Eine sinnvolle Drogenprävention muß den jungen Menschen zeigen, daß Drogen keine Konflikte lösen, sondern vielmehr neue schaffen — soziale wie gesundheitliche.

CDU: Für ein Leben ohne Sucht und Drogen

Vor diesem Hintergrund sind die Pläne der rot-grünen Mehrheit im Landtag in bezug auf eine mögliche Legalisierung von Haschisch und die Abgabe von Heroin an Abhängige verheerend. Wenn diese Pläne Wirklichkeit werden, dann kann man nicht nur auch in Nordrhein-Westfalen — immerhin das bevölkerungsreichste Bundesland — demnächst Haschisch in Apotheken kaufen, darüber hinaus sollen Drogenabhängige vom Land ihren Stoff erhalten, den sie sich unter staatlicher Beaufsichtigung in Fixerstuben spritzen können. Die CDU-Landtagsfraktion teilt voll und ganz die Stellungnahme des Nationalen Drogenrates, der zum Haschisch-Verkauf in Apotheken am 11. März 1997 beschlossen hat: „Die Vorstellung, wonach der Konsum von Rauschdrogen dadurch eingedämmt wird, daß man sie weitgehend frei zugänglich macht, entbehrt sowohl einer empirisch wissenschaftlichen Grundlage als auch jeder Plausibilität.“

Die mit einer Legalisierung harter Drogen verbundenen Risiken sind größer als der Nutzen der angestrebten „Entkriminalisierung“. Dies gilt auch gerade vor dem Hintergrund der erschreckenden Erfahrungen mit dem massenhaften Mißbrauch legaler Suchtmittel, wie z. B. Alkohol und Nikotin. Ziel einer verantwortungsvollen Drogenpolitik kann es daher nicht sein, den Umgang mit harten Drogen zu lehren, sondern für ein Leben ohne Sucht und Drogen einzutreten.

Von
Daniel Kreutz

Versteht man unter „harten“ Drogen Suchtstoffe, die auch körperliche Abhängigkeit erzeugen und bei chronischem Gebrauch schwere gesundheitliche Schäden verursachen können, dann sind einige davon in Deutschland vor jeher legal — insbesondere Alkohol, aber auch manche Pharmazeutika.

Niemand fordert heute eine Legalisierung weiterer „harter“ Drogen im Sinne einer freien Verfügbarkeit nach den Gesetzen des Marktes. Konkret geht es darum, den Konsum nicht mehr strafrechtlich zu sanktionieren und die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige zu ermöglichen, die mit anderen Hilfsangeboten nicht erreichbar sind.

Beides ist zwingendes Gebot einer rationalen Suchtpolitik, die u. a. auf soziale Reintegration und gesundheitliche Prävention zielt. Die Kriminalisierung der Konsumentinnen und Konsumenten vervielfacht die sozialen und gesundheitlichen Schäden der Suchterkrankung. Sie behindert nachhaltig Anstrengungen eines sekundärpräventiven Gesundheitsschutzes.

GRÜNE: Kontrollierte Heroinabgabe ermöglichen

Wiederholter Heroinkonsum führt weit schneller als Alkohol zu körperlicher Abhängigkeit. Anders als Alkohol erzeugt Heroin — ein ursprünglich als Schmerzmittel entwickeltes Produkt deutscher Pharmazie — jedoch auch bei Langzeitgebrauch keine organischen Schädigungen; vorausgesetzt allerdings, man hat es mit reinem Stoff zu tun und nicht mit jenen hochtoxischen Mixturen, die der Schwarzmarkt unter der Bezeichnung „Heroin“ feilhält und deren schwankender Heroingehalt zu den tödlichen Fehldosierungen führt, die dann die Statistik der „Drogentoten“ prägen.

Kontrollierte Heroinabgabe ist notwendig, um mit einer ungleich risikoärmeren Alternative zum Straßenstoff die Chancen der Betroffenen zu erhöhen, lebend durch die Sucht zu kommen. Sie würden vom Zwang befreit, täglich die Profitgier der Drogenmafia durch Beschaffungskriminalität oder erniedrigende und riskante Beschaffungsprostitution zu befriedigen. Das Hilfesystem hätte die Chance, den Klientinnen und Klienten im regelmäßigen Kontakt auch weiterführende Hilfen näherzubringen.

Längst fordern mehrere NRW-Kommunen mit Unterstützung der Polizeipräsidenten Konsumräume, in denen Abhängige ihren Stoff prüfen lassen und unter hygienischen, geschützten Bedingungen konsumieren können. Was im schwarzen Frankfurt seit Jahren recht ist, sollte im rot-grünen NRW billig sein. Wer an der gescheiterten Prohibitionspolitik festhält, verteidigt nur eins: den lukrativen Markt der Drogenmafia.

CDU: Vereinbarung zur Finanzierung der Steinkohle ist fairer Kompromiß

Rau fordert Weichenstellung für Strukturwandel und äußert Respekt vor Solidarität der Bergleute

Die Bundesregierung hätte es mit ihren ursprünglichen Kürzungsvorschlägen in Kauf genommen, daß es zu einer arbeitsmarktpolitischen Katastrophe in den Kohleregionen gekommen wäre. In einer Zeit, in der so viele Männer und Frauen ohne Arbeit seien wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland, habe man diesem Katastrophenkurs nicht tatenlos zusehen können und wollen. Das bekräftigte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in seiner Regierungserklärung am 13. März zu den Auswirkungen der Bonner Finanzkürzungen auf die Zukunft der deutschen Steinkohle. Rau unterstrich, die Bergleute trügen schon seit vielen Jahren durch Arbeitszeitverkürzung und weniger Lohn dazu bei, daß der Abbau ihrer Arbeitsplätze nicht in die Arbeitslosigkeit führe. Der Ministerpräsident wörtlich: „Ich habe großen Respekt vor dieser ganz praktischen Form von Solidarität“. In der zum Teil hitzig geführten Aussprache begrüßte CDU-Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen die Vereinbarung über die künftige Finanzierung der Steinkohle als fairen Kompromiß. Die Einigung bringe keine zusätzliche Arbeitslosigkeit und sichere einen lebendigen Bergbau. Er sei froh, daß es gelungen sei, ein klares Ja der CDU-Bundestagsfraktion für diese Lösung zu erhalten. Zu Beginn der 52. Sitzung des Landtags hatte Landtagspräsident Ulrich Schmidt darauf hingewiesen, daß diese Sondersitzung auf Antrag von 77 Abgeordneten der SPD-Fraktion einberufen worden sei. Damit sei die Voraussetzung für die Einberufung einer Sondersitzung gemäß der Landesverfassung erfüllt gewesen. Sie war überschrieben: Zukunft für den Steinkohlenbergbau und für die Menschen in den Bergbauregionen. Dazu hatten SPD und GRÜNE einen Entschließungsantrag eingebracht, der mit den Stimmen der Koalition angenommen wurde (Drs. 12/1870).

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erklärte, am vergangenen Donnerstag (6. März) habe die Bundesregierung zum ersten Mal mit zwei konkreten Zahlen ihre Pläne zur Finanzierung der Steinkohle auf den Tisch gelegt: sieben Milliarden Bundeshilfen im Jahr 2000, 3,8 Milliarden im Jahre 2005. Das habe nicht nur bei den Bergleuten im Ruhrgebiet und an der Saar zu Empörung, Wut und Enttäuschung geführt. Sie fühlten sich getäuscht, weil sie sich offenbar nicht mehr auf geltendes Recht und auf getroffene Vereinbarungen verlassen könnten. Die Pläne der Bundesregierung hätten den Bergbau und die Bergbauregionen in eine existentielle Krise gestürzt: Sieben Schachtanlagen weniger bis zum Jahr 2000, mindestens drei weitere Schachtanlagen bis zum Jahr 2005. Massenentlassungen und betriebsbedingte Kündigungen wären die Folgen gewesen. Heute morgen habe nun der Bund seine unvertretbaren Kürzungspläne ein Stück korri-



Ergebnis bringt Zeit für sozialverträglichen Strukturwandel: v. l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen und GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel. Fotos: Schälte

giert. Die Bundesregierung sei zu diesem Schritt nur bereit gewesen, wenn es zu zusätzlichen Belastungen für NRW komme. Die Landesregierung habe sich dazu bereit erklärt. Wenn er das Ergebnis allein energiepolitisch und finanzpolitisch bewerte, könnte er es nicht vertreten. Aber hier habe mehr auf dem Spiel gestanden. Es sei jetzt gelungen, die Zumutungen wenigstens zu begrenzen. Aber es blieben Zumutungen. Das habe nicht in erster Linie mit fehlendem Geld beim Bund zu tun, sondern mit mangelndem politischen Willen. Er wolle sich jetzt einer Bewertung dessen enthalten, was der Oppositionsführer hier im Landtag zu diesem Thema immer wieder vorgetragen habe. Wer mit der Bundesregierung behauptet habe, mit ihrem Angebot stünden 5,5 Milliarden Mark für die Kohlefinanzierung zur Verfügung, der habe klammheimlich die finanzielle Belastung des Landes NRW für Absatzhilfen auf 1,5 Milliarden Mark verdoppelt. Das Entscheidende sei dabei verschwiegen worden. Der Bund habe vollständig aus seinen Verpflichtungen für die Kokskohlenhilfen aussteigen wollen. So könne und dürfe niemand handeln, der als politisch Verantwortlicher den Interessen des Landes verpflichtet sei. Die Ruhrkohle AG werde nun bis zur Sommerpause entscheiden müssen, welche Schachtanlagen stillgelegt würden. Rau ging auf die Diskussion über die künftige Kohlefinanzierung ein.

Da werde zum Beispiel gesagt, man könne es sich nicht länger leisten, jeden Bergmann mit über 100 000 Mark im Jahr zu subventionieren. Das klinge dramatisch, erweise sich aber als Vorurteil. Die öffentlichen Hilfen für den Steinkohlenbergbau dienten nicht dazu, eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen zu sichern, sondern dazu, deutsche Steinkohle gegenüber Importkohle konkurrenzfähig zu machen. Bis in die 80er Jahre habe sich die Bundesregierung in der Europäischen Union und auf den Weltwirtschaftsgipfeln für ihre Kohlepolitik loben lassen. Sie habe mit ihren Kohlehilfen einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß die Abhängigkeit vom Öl nicht weiter angestiegen sei. Daß bis heute Regionen dieses Landes stark vom Bergbau geprägt seien, sei ebenfalls eine Folge dieser bisher gemeinsamen Politik. Die Zehntausenden von Arbeitsplätzen, die in den kommenden Jahren im Bergbau und darüber hinaus wegbrächen, könnten durch keine noch so kluge Politik im gleichen Zeitraum ersetzt werden. „Wir müssen die Weichen für die Fortsetzung des Strukturwandels schnell stellen. Noch wichtiger ist

aber, daß wir die Weichen richtig stellen“, sagte der Ministerpräsident. Die Landesregierung werde die betroffenen Regionen in dieser Phase des Strukturwandels nach den finanziellen Möglichkeiten des Landes unterstützen. Das Land erwarte, daß sich die Ruhrkohle ebenfalls engagiere. Auf die Niederlande verweisend, die bei Konflikten auf Konsens und nicht auf Konfrontation setzen, meinte Rau: „Bei uns gilt es inzwischen als modern, wenn man Konsens und Kompromiß als altmodisch und strukturkonservativ abtut.“ Er folgerte: „Was soll man über eine Bundesregierung sagen, die sogar da auf Konfrontation setzt, wo eine Gewerkschaft selber weitgehende Einschnitte bei den Arbeitsplätzen vorschlägt?“

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, betonte, die CDU-Fraktion werde sich an diesem vorgezogenen Wahlkampf, den der Ministerpräsident in seiner Rede deutlich gemacht habe, nicht beteiligen. Dann aber begrüßte er für seine Landtagsfraktion die heute morgen (13. März) getroffene Vereinbarung als einen fairen Kompromiß, bei dem sich alle Beteiligten gerade in den letzten 48 Stunden beteiligt hätten. Ausdrücklich dankte Linssen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen, der IG Bergbau und auch den Bergbauunternehmen. „Wir begrüßen, daß die IGBE zu dem heute morgen gefundenen Kompromiß ihre Zustimmung erteilt hat. Ich weiß, wie schwer so etwas ist. Aber ich glaube, auch die Verantwortlichen der IGBE haben gespürt, daß sich alle Beteiligten bis an die Grenze bewegt haben, um für Nordrhein-Westfalen aber auch für das Saarland eine Lösung herbeizuführen“, sagte der Fraktionschef. Eine Lösung, die es nach seiner Ansicht möglich macht, diesen Prozeß ohne Massenentlassungen, ohne betriebsbedingte Kündigungen zu steuern. In den letzten Tagen habe der Bund auf sein Angebot von gut 55 Milliarden Mark für die Zeit von 1997 bis 2005 noch einmal 1,65 Milliarden Mark draufgelegt. Das Land habe alles in allem 2,91 Milliarden zusätzlich zugestanden. Das sei eine beachtliche Leistung. Der Bergbau habe sich ebenfalls bewegt und bringe von 2001 bis 2005 einen Eigenbetrag von einer Milliarde Mark. Voraussetzung sei allerdings, daß die Ruhrkohle AG 74 Prozent der Anteile des Bundes an den Saarbergwerken übernehme. Über die 69 Milliarden hinaus bis zum Jahre 2005 gebe es Aufwendungen des Bundes (Fortsetzung nächste Seite)

Strukturwandel...

(Fortsetzung von Seite 3)

und des Landes für Erblasten, für einen Verstromungsfonds, für Anpassungshilfen, für Bilanzhilfen, die sich noch einmal in Milliardengrößensordnung pro Jahr bewegten. Das alles müsse man wissen, wenn man sich beklage, wie das der Ministerpräsident gerade getan habe, daß alles nicht ausreichend sei.

Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender, stellte fest, nach Wochen der Angst und der Verbitterung und nach Tagen des Kampfes herrsche jetzt im Lande kein Jubel, aber Klarheit. An den Beginn seiner Rede stellte er den Dank für eine großartige Leistung an Disziplin und Solidarität. Der Dank gelte den Bergleuten und der Polizei für besonnenes Verhalten. Zur Kritik der CDU an Rau sagte er: „Niemand im Lande Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus hat in der Vergangenheit und in der Gegenwart soviel für die Bergleute und ihre Familien getan wie Johannes Rau.“ Eine verbindliche Finanzierungsregelung bis zum Jahr 2005 sei jetzt gefunden. Es gebe keine betriebsbedingten Kündigungen, und das sei das wichtigste Signal. Es bleibe bei einem lebens- und leistungsfähigen heimischen Steinkohlebergbau. „Es gibt keinen Strukturbruch, und es werden nicht mehr Zechen stillgelegt, als schon im IGBE-Konzept vorgesehen waren“, unterstrich der SPD-Fraktionschef und dankte allen, die an der gemeinsamen Kraftanstrengung mitgewirkt hätten, insbesondere dem Wirtschaftsminister. Er fuhr fort, der Prozeß der Umstrukturierung müsse sozialverträglich sein. Das könne auch unter der Bedingung der jetzt gefundenen Vereinbarung möglich sein und bleiben. Die soziale Stabilität des Reviers dürfe nicht erschüttert werden. Dem Gewerkschaftsführer Hans Berger rief Matthiesen zu: „Du hast Deine Sache gut gemacht!“ Nicht in Vergessenheit dürfe geraten, daß Teile der Bundesregierung ganz offensichtlich den Auslauf und den Museumsbergbau gewollt hätten. Es müsse festgehalten werden, daß die Bundesregierung ihr Versprechen nicht eingehalten habe. Wegen einer Kette schlimmer Erfahrungen sage er hier für die SPD-Fraktion sehr deutlich: Man erwarte eine klare Rechtsverbindlichkeit der jetzt getroffenen Vereinbarungen, weil man diese für die gesamte Laufzeit bis zum Jahre 2005 dringend brauche. Die heimische Steinkohle müsse weiterhin zu einer sicheren Energieversorgung beitragen.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, dankte den Bergleuten für Vernunft und Augenmaß bei den Demonstrationen. Sie hätten gezeigt, daß es sich lohne, sich gegen Sozialabbau zu wehren. Ohne die Menschenkette und die friedlichen Demos in Bonn hätte sich die Bundesregierung nicht bewegt. Auch die Polizeibeamten hätten mit konfliktvermeidender Deeskalationsstrategie ihren Beitrag geleistet, daß es nicht zu Szenen der Gewalt gekommen sei. Es handele sich nicht um Sonderprobleme einer Region oder Branche. Die Politik des sozialen Kahlschlags spitze sich bei der Kohle zu. Verrat, Wortbruch, soziale Demontage sei die Alternative zu Rotgrün. Linssen schwimme mittendrin. Er habe dem Land einen Bären dienst erwiesen, indem er die Kahlschläge als tragbare Lösung verkauft habe. Er habe die Verhandlungsposition des Gewerkschaftsvorsitzenden Berger geschwächt. Er habe das Bonner Skandalange-



Große Herausforderung solidarisch meistern: v.l. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), Fritz Kollorz (CDU), Fraktionssprecherin Gisela Nacken (GRÜNE) und Arbeitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD).

Fotos: Schälte

bot bejubelt und versuche jetzt, zurückzuerdern. Auf die ihm vom CDU-Abgeordneten Oliver Wittke vorgehaltene Kohleausstiegs-Position der GRÜNEN erwiderte Appel, mit dem schrittweisen Gleitflug seien die Koalitionspapiere vereinbar. Keiner im Revier verschließe sich dem notwendigen Strukturwandel. Ein Absturz ins Bodenlose sei aber nicht einzusehen. Betriebsbedingte Kündigungen dürfe es nicht geben. Für Jüngere müsse es neue Arbeitsplätze geben. Die Jugendlichen müßten Ausbildungschancen bekommen. Zusätzliche 100 000 Arbeitsplätze seien durch die Gesundheitsreform bedroht, ein Viertel davon in NRW-Pflegeeinrichtungen. Seit 1993 sei andererseits das Nettogeldvermögen auf über 600 Milliarden Mark in die Höhe geschwollen. Die Finanzpolitik des Bundes sei hausgemacht und habe mit den angeblichen globalen Zwängen nichts zu tun. Ohne die Milliardenhilfe des Ruhrgebiets hätten süddeutsche Gebiete niemals die heutige Wirtschaftskraft erreicht. Beim Strukturwandel hätte manches intensiver und energischer angepackt werden müssen. Einen Energiekonsens mit mehr Atomkraft dürfe es nicht geben. Für Existenzgründungen außerhalb des Bergbaus solle es Beihilfen geben. Zechenbetriebe könnten Beschäftigungsgesellschaften für den Umbau gründen.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) sprach allen Beteiligten Respekt für diszipliniertes Verhalten beim schwersten politisch-sozialen Konflikt in der Geschichte der Bundesrepublik aus. Es hätte nicht vieler Worte bedurft, und wir hätten französische Verhältnisse hier gehabt. Das Ergebnis sei alles andere als ein strahlender Erfolg, sondern eine notwendige Verständigung, weil Zusagen nicht eingehalten worden seien. Bei der Kohlerunde im März 1995 sei es nicht nur um die Verstromungsfinanzierung gegangen. Wie der IG-Bergbau-Vorsitzende verlange auch er Rechtssicherheit bis zum Jahr 2005 durch Zuwendungsbescheide. Die Verantwortung für die Energiepolitik liege beim Bund. Linssen sei beim Steinkohlenbergbau eine schwankende Gestalt gewesen, seine Beteiligung nicht hilfreich. Er solle keine Brotkrumen aus Bonner Verhandlungen in den Landtag tragen. Reul sei ein Westentaschen-Geißler in NRW und müsse zurückgeholt werden. Das Kernproblem sei eine unglaubliche Distanz des Bundeskanzlers zu dem, was im Lande vor sich gehe. Es gehe nicht um 50, sondern um 100 000 wegfallende Arbeitsplätze in NRW. Der Bund habe bis 1996 58,4 Milliarden Mark für die Kohle ausgegeben und aus Heizölsteuer 46,3 zurückgehalten, blieben 12,1 tatsächliche Aufwendung. Das Land habe 27,7 Milliarden Mark aufgewendet. Der Bund solle sich lieber auf die übrigen 95 Prozent deutscher Subventionspolitik stürzen. NRW habe keine Wahl gehabt. Die Ruhrkohle hätte

sonst die Jahrtausendwende nicht erlebt. Bonn habe das vorher nicht erkannt. Den Sockel 5,5 Milliarden Mark halte er für zu niedrig und für unverantwortlich. Strukturwandel sei zwar als Schlagwort verkommen, in NRW aber beispielhaft und in der ganzen Welt bekannt. Das Tempo müsse nun drastisch erhöht werden. Er bemühe sich, für die Bergbauregionen alles Mögliche herauszuholen, für Städte mit 20 bis 25 Prozent Arbeitslosigkeit. Auch über die Verteilung der Finanzmittel müsse klar geredet werden. Forschungsmittel flössen überproportional nach Bayern.

Fritz Kollorz (CDU) erläuterte, zu Artikelgesetz und Hüttenvertrag gebe es jetzt eine kohlepolitische Vereinbarung bis zum Jahr 2000. Erfolgreich seien noch mehr Arbeitslosigkeit und Entlassungen in den Arbeitsmarkt abgewendet worden. Es sei kein Traumergebnis. Aber die Lage sei entspannt, die Bergleute hätten die Ergebnisse erleichtert und zustimmend zur Kenntnis genommen. Er stimme zu, das Ergebnis sei Folge von gemeinsamen Kraftanstrengungen. Der Wirtschaftsminister habe einen hervorragenden Eindruck hinterlassen. Man sei aufeinander zugegangen. Ein vernünftiges Ergebnis sei gemeinsam erreicht worden, wie es die Menschen in den Betrieben wollten. Jetzt gebe es eine Perspektive für die nächsten zehn Jahre und einen lebens- und leistungsfähigen Bergbau auch über das Jahr 2005 hinaus.

Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender, betonte, es gehe um hochtechnisierte Arbeitsplätze, von denen die weltweit modernste Bergbautechnik mitlebe und abhängige. Auch die Arbeitsplätze der Zulieferindustrie wären gefährdet gewesen. Es gehe um eine ganze Industrielandschaft.

Gisela Nacken (GRÜNE), Fraktionssprecherin, erklärte, sie könne die Vereinbarung nicht begrüßen, weil sie dem Land enorme finanzielle Bürden auflaste, die im Prinzip „über unsere finanziellen Möglichkeiten hinausgehen“. Das eine sei die Perspektive, die die Menschen im Bergbau jetzt für zehn Jahre hätten. Es gehe aber auch um die Perspektive für das Ruhrgebiet, die darüber hinausgehe: Es gehe um Zukunftsfähigkeit: „Wir brauchen vor allen Dingen für die Kinder der Bergleute eine Zukunftsperspektive“.

Arbeitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) sagte, in der Bewertung sei er sowohl mit seinem Kollegen Wolfgang Clement als auch mit dem Kollegen Kollorz darin einig, das Ergebnis unter den erörterten Blickwinkeln als vernünftig zu bezeichnen. Er kritisierte den CDU-Politiker Linssen, der in einem Interview eine Halbierung der Verstromungshilfen bis zum Jahre 2005 auf 3,5 Milliarden Mark gefordert habe.

Siegfried Martsch (GRÜNE) erklärte, es gehe um die Auswirkungen der Währungsdisparität auf die deutsche Landwirtschaft. Diese erhalte für den Zeitraum 1996 bis 1998 von der EU einen Ausgleich von 415 Millionen Mark, der degressiv gestaltet sei und 1998 auslaufe. Der Ausgleich könne aus nationalen Mitteln um den gleichen Betrag aufgestockt werden. Die Bundesregierung habe die Aufstockung zugesagt, zusätzlich Beitragsentlastung in der Unfallversicherung. Jetzt komme heraus, daß gekappt werden solle. 138 Millionen Mark würden den Landwirten vorenthalten. Zehn Jahre lang seien aufwertungsbedingte Einkommensverluste als heilige Kuh behandelt worden, nämlich solange die Länder mitfinanzierten. Unter Zitieren der früheren Zusage der Bundestagskoalition stellte der Redner eklatanten Wortbruch fest. Die bäuerlichen Betriebe hätten einen Rechtsanspruch auf dieses Geld. Sie leisteten harte Arbeit. „Darwin'sche“ Nachfahren in der Bonner Koalition seien verantwortungslos. Die CDU im Landtag sei nur noch Vollstrecker einer verkommenen und maroden Bundespolitik.

Horst Steinkühler (SPD) zitierte ebenfalls eine Ausgleichszusage des Bundeslandwirtschaftsministers von Januar 1996. Es habe vor den Landtagswahlen damals keinen Hinweis auf Zahlung nach politischer Opportunität gegeben und darauf, daß großzügige Wahlgeschenke wieder eingesammelt würden. Jeder, dem Bonn etwas verspreche, brauche jetzt einen gerichtswertbaren Anspruchstitel. Das sei unhaltbar. Wer vorgehabt habe, die Kumpel im Revier herunterzukippen, um seine eigene Klientel weiter bedienen zu können, habe sich gewaltig verrechnet, auch weil Argumentationen nicht beliebig ausgetauscht werden könnten je nach Begünstigung. Hauptbefürworter der Streichung von Agrarsubventionen sei die FDP, die ihre Profilierung kalt-schnäuzig betreibe.

Eckhard Uhlenberg (CDU) antwortete, der kleinste gemeinsame Nenner von Rot-Grün sei die Kritik an der Bundesregierung. Für NRW gebe es kein tragfähiges Konzept. Hin und wieder erinnere sich die SPD an Agrar 2000, ohne den Mut, das auch bei Frau Höhn einzufordern. Die reise seit zwei Jahren durch NRW, rede laut, verunsichere bei BSE, kritisiere die EU, ohne eigenes Konzept für die NRW-Landwirtschaft. Zwei Jahre nach der Wahl seien viele enttäuscht. Mutig kritisierten die beiden Verbände die Landesregierung. Für die Agrar-Sozialpolitik in NRW seien die Bundesmittel von 866 auf 900 Millionen Mark erhöht worden. Die GRÜNEN hätten beim Thema Währungsausgleich ihre Glaubwürdigkeit schon 1993 und 1994 verloren, als sie mit der CDU in der Opposition für 146 Millionen Mark aus der Landeskasse gestimmt hätten. Jetzt bemühten sie für 16,3 Millionen die Aktuelle Stunde. Vom Land erhalte die NRW-Landwirtschaft 27,3 Millionen von Gesamtsubventionen in Höhe von einer Milliarde Mark, das sei so viel, wie NRW jeden Tag Zinsen zu zahlen habe. Das alles sei eine Scheindebatte.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) warf Uhlenberg vor, wegen fünf Millionen Mark für Gewässer 2. Ordnung, die wegen der Haushaltssperre nicht zur Verfügung gestanden hätten, die Landwirte

Frontale Gegensätze bei Agrarpolitik

Kritik von SPD und GRÜNEN an Kürzungen CDU hält Höhn schädliche Schritte vor

Auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion debattierte der Landtag am 20. März in einer Aktuellen Stunde über das Thema „Keine Benachteiligung der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft durch die Bundesregierung!“

aufgehetzt zu haben. Sie werde seine Aussagen durch das Land schicken, daß 16,3 Millionen für die Bauern nichts wert seien. Gegen den Rückzug aus der Gemeinschaftsaufgabe hätten SPD und GRÜNE harten Protest angemeldet. Was bei GA-Mitteln bevorstehe, sei dramatisch. Jetzt würden auch noch 500 Millionen Mark wegrasiert. Die CDU sei nur noch Handlanger schlechter Politik. Der Mittelentzug bedeute einen Einkommenverlust von zwei Prozent. Uhlenberg verschweige, daß NRW die EU-Mittel gegenfinanziere, das sei eine Sauererei. Die Bauern seien klüger und liefen der CDU weg.

Heinrich Kruse (CDU) sagte, von den Kernproblemen solle abgelenkt und aus einer Mücke ein Elefant gemacht werden. Der teilweise gestrichene Aufwertungsausgleich mache 270 Mark pro Betrieb aus. Durch Zwischenrufe, zu denen die Ministerin gar nicht berechtigt sei, würden ihre

Irmgard Schmid (SPD) äußerte sich enttäuscht, daß die CDU nicht gemeinsam mit SPD und GRÜNEN abwehre, was von Bonn komme. Die Streichung des Währungsausgleichs gehöre zu den Maßnahmen, die zur Bedrohung unserer Republik werden könnten. Als Folge müßten die Beiträge zur Berufsgenossenschaft stark angehoben werden. Auch bei der Zukunft der Milch sei mutiges Handeln der Politik in Bund und Ländern gefordert. Das nationale Milchquotendesaster, Kosten für Leasing, Pacht oder Kauf, habe der Bund zu verantworten. Auch über das Jahr 2000 hinaus müsse ein geordneter Milchmarkt bleiben. Daß sich der Landtag damit befasse, sei richtig. Gemeinsames Handeln im Interesse der Landwirtschaft sei nötig.

Silke Mackenthun (GRÜNE) führte aus, ihre Partei sei nie erbaut gewesen von Agrarpolitik, die den Verbrauchern niedrige Preise vorgaukele und den Landwirt an den



Um entgangene Bundesmittel von 16,3 Millionen Mark als Währungsverlust-Ausgleich für die Landwirtschaft stritten sich die Agrarexperten, v. l.: Siegfried Martsch (GRÜNE), Horst Steinkühler (SPD), Eckhard Uhlenberg (CDU), Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE).
Fotos: Schälte

Aussagen nicht richtiger. Die Landwirte wüßten, daß gespart werden müsse. Sie wollten keine Subventionen mit der Gießkanne, sondern den gerechten Ausgleich für staatlich verordnete Bewirtschaftungsbeschränkungen. Diesen verwehre die Ministerin, zum Beispiel durch Ablehnung im Bundesrat. Die Landesregierung solle dem Bundesbodengesetz zustimmen, denn fremdverursachte Bodenbelastungen und Wertminderungen müßten ausgeglichen werden. Bei der Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung seien die Landesmittel von 30 auf 20 Millionen Mark geschrumpft. Auch durch Ablehnung der Düngeverordnung und der Erhöhung der Vorsteuerpauschalebürde sie den Landwirten weitere Belastungen auf. NRW habe auch gegen die Anhebung der Genehmigungsgrenzen für Tierhaltungsanlagen gestimmt. Natur- und Landschaftsschutz hätten einen großen Stellenwert, aber Hauptaufgabe sei die Versorgung der Bevölkerung. Sich von der europäischen Agrarpolitik abzukoppeln, gefährde den Veredelungsstandort NRW.

Tropf hänge. Ziel sei Minimierung der Beschäftigung und maximale Mißachtung der Natur, Niedrigpreise, Subventionen. NRW wolle nicht tatenlos den Streichungen zusehen. Der Vertragsbruch sei Verhöhnung all derer, die ihren Hof trotz Planwirtschaft bis heute retten konnten.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) wandte sich gegen Bagatellisierung der Kürzungen. NRW sei auf den dritten Platz beim Einkommenszuwachs der Landwirte gerückt. Auch werde wieder mehr ausgebildet.

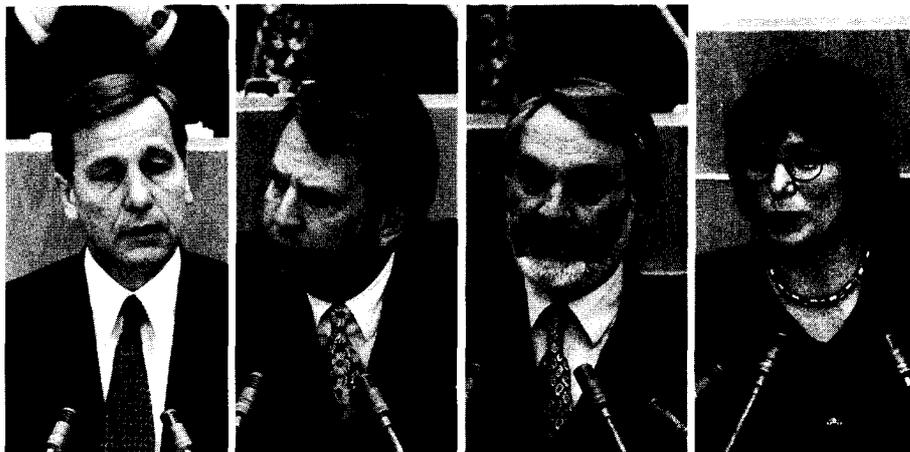
Eckhard Uhlenberg (CDU) sah den Einkommenszuwachs als Folge der guten Wirtschaft der Veredelungsbetriebe, die von den GRÜNEN als Massentierhaltung bezeichnet würden. Sie nähmen auch Umwelt-Fortschritte nicht zur Kenntnis. Die NRW-Anträge seien ein Skandal. Holländer und Dänen seien in wenigen Autostunden hier, um unsere Verbraucher zu versorgen. Die Bundes-SPD ermuntere den Finanzminister zu Streichungen bei der Landwirtschaft.

Regierungserklärung im Landtag – Standorte sollen erhalten bleiben

Bei einem Gespräch mit Rau einigten sich Krupp und Thyssen auf ein gemeinsames Stahl-Konzept

Die Unternehmen Krupp und Thyssen hätten sich in einem Gespräch beim Ministerpräsidenten darauf geeinigt, binnen acht Tagen ein gemeinsames unternehmerisches Konzept für den Stahlbereich zu erarbeiten. Ziel dabei sei eine gemeinsame Stahlgesellschaft, eine Stahl AG. Das teilte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) in seiner Regierungserklärung zur aktuellen Lage in der Stahlindustrie im Landtag mit.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) meinte unter Hinweis auf den soeben gefundenen Kohlekompromiß, jetzt sei offenkundig, „auch im Stahlbereich stehen wir erneut vor tiefgreifenden Veränderungen“. Die öffentliche Aufmerksamkeit für Kohle und Stahl an Rhein und Ruhr habe deutlich gemacht, wie weit schon das Land im Strukturwandel vorangekommen sei — „das ist einer der wenigen erfreulichen Aspekte dieser Debatte“. Auch wenn man wisse, daß heute bei Kohle und Stahl weniger als fünf Prozent der Beschäftigten im Lande arbeiteten, so sei festzuhalten, daß der Montanbereich mit seinen insgesamt 170 000 Beschäftigten allein im Ruhrgebiet wichtige Standorte wesentlich präge. Hier hätten die Ankündigungen der letzten Woche zu großen Sorgen und auch Empörung geführt, die die Landesregierung sofort dazu veranlaßt hätten, das Gespräch mit den Vorständen beider Unternehmen zu suchen und sie an einen Tisch zu bringen. Das Ergebnis: Beide Unternehmen hätten sich in diesem Gespräch beim Ministerpräsidenten darauf geeinigt, binnen acht Tagen ein gemeinsames unternehmerisches Konzept für den Stahlbereich zu erarbeiten. Ziel dabei sei eine gemeinsame Stahlgesellschaft, eine Stahl AG. Die Landesregierung erwarte, „daß die Gespräche ernsthaft, schnell und mit dem Willen geführt werden, die Konfrontation zu beenden und zwischen den beiden Unternehmen zu kooperativen Lösungen zu kommen“. Dieses Konzept solle Nordrhein-Westfalen als modernen und leistungsfähigen Stahlstandort stärken. Auch jetzt stehe die Landesregierung jederzeit für Gespräche zur Verfügung, betonte der Minister. In diesen Tagen sei es wie selten deutlich geworden, daß kein politisch Verantwortlicher Garantieerklärungen für Arbeitsplätze abgeben könne. „Aber wir setzen trotz alledem unverdrossen auf Kooperation und nicht auf Konfrontation“, sagte Clement. Das heiße ganz praktisch, man werde „das uns Mögliche“ tun, damit die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt blieben. Er sei überzeugt, daß man sich auch in der Stahlindustrie keinen Crash-Kurs leisten könne. Auch nicht im Interesse der Stahlunternehmen. Rationalisierung sei erst recht in der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage unvermeidbar. Aber Rationalisierung ohne Innovation und Modernisierungsinvestitionen werde in die Sackgasse führen. Spitzenproduktivität erreichten Unternehmen nur mit ihren Beschäftigten und nicht gegen sie. Diesen Zusammenhang sollten auch die Banken beachten, die — einmalig in der Welt — in den



Montanbereich prägt immer noch wichtige Standorte im Land: v.l. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen und GRÜNE-Fraktionssprecherin Gisela Nacken. Fotos: Schälte

Aufsichtsräten vertreten seien und zugleich als Hausbanken eine besondere Vertrauensstellung einnehmen. Als Partner der Unternehmen seien sie nicht nur den Eigentümern, sondern auch den Beschäftigten verpflichtet. Deutlich sagte allerdings der Minister, auch die Alternative zum Crash-Kurs, eine gemeinsame Stahlgesellschaft der beiden Unternehmen, werde nicht nur Arbeitsplätze sichern, sondern auch Arbeitsplätze kosten. Von Dortmund über Bochum bis ins Siegerland, von Duisburg bis Krefeld erwarteten die Menschen, daß es nicht zu bruchartigen Entwicklungen komme. Clement fuhr fort: „Was wir nach meiner festen Überzeugung in Deutschland brauchen, ist nicht weniger als eine konzertierte Aktion für mehr Beschäftigung, für nachhaltiges Wachstum und für Innovation.“ Die Bundesregierung müsse endlich die Kraft zu einer nationalen Anstrengung finden, zu einer wirklichen, konkreten konzertierten Aktion.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, gab dem Wirtschaftsminister recht in dessen Einschätzung, abseits des vor Tagen noch zu befürchtenden Crash-Kurses werde auch die jetzt angestrebte Lösung Arbeitsplätze kosten. Dabei machte der Sprecher darauf aufmerksam, „daß in den verantwortlichen Gremien beider Gesellschaften auch die führenden Persönlichkeiten dieser Landesregierung sitzen“. Daß man bei der Angelegenheit offenbar keinen Einfluß gehabt habe, sei ein schlagender Beweis dafür, daß diese Mandate überflüssig seien. Gern hätte er gesehen, wenn der Chef der Landesregierung diese Regierungserklärung abgegeben hätte, fuhr Linssen fort, „ich glaube nämlich, daß dieses vor uns liegende Problem mindestens genauso wichtig ist wie die Kohle“. Die Neuordnung im Stahlbereich sei dringend erforderlich. Auch die Rolle der Politik in dieser Angelegenheit müsse durchleuchtet werden, die in Zusammenhang mit der feindlichen Übernahme zu befürchtende „Amerikanisierung der Verhältnisse bei uns“ dürfe nicht zugelassen werden. Linssen: „Wir haben uns nicht nur am ‚Shareholder value‘ zu orientie-

ren, sondern wir haben uns um eine ernsthafte Partnerschaft nicht nur der Konzerne untereinander, sondern auch mit den Mitarbeitern dieser Konzerne zu kümmern.“ Ein Zusammengehen der Konzerne im Stahlbereich sei dringend erforderlich, denn das jahrelange getrennte Marschieren habe Tausende von Arbeitsplätzen gekostet: „Ich kann mir vorstellen, daß wir mit den jetzt anstehenden Überlegungen auf die Dauer größere Stabilität gewinnen.“ Das sei auch angesichts der riesigen technologischen Veränderungen zu wünschen, die hohe Investitionen erforderten, die nur auf der Grundlage einer starken und finanziell unabhängigen Organisationseinheit zu schaffen seien. Dem Wirtschaftsminister sei in seiner Einschätzung, daß der Strukturwandel im Lande zu beschleunigen sei, zuzustimmen — da könne er mit der vollen Unterstützung der CDU rechnen. Aber dazu müßten die „Investitionsblockaden“ abgebaut werden, die vor allem der GRÜNE Koalitionspartner errichte. Es sei auch daran zu denken, Landesvermögen für diesen Zweck zu mobilisieren.

Klaus Matthiesen, Vorsitzender der SPD-Fraktion, erklärte unter Hinweis auf die gerade zurückliegende Belastungsprobe mit der Steinkohle, es gebe für die Landtagsfraktion keine „gespaltene oder abgestufte Solidarität“. Die Stahlarbeiter sollten wissen, daß die SPD genauso an ihrer Seite stehe wie an der der Bergleute, betonte er. Im Augenblick stehe man an einer kritischen Schwelle, nämlich im Übergang von der Konsensgesellschaft zur Konfliktgesellschaft. Die Landesregierung, die mit Erfolg beide Konzernspitzen zu Gesprächen über eine gemeinsame Stahlgesellschaft bewegt habe, sollte sich dabei auf eine konstruktiv begleitende Rolle beschränken, denn sie könne und dürfe weder jetzt noch künftig „Rechnungen bezahlen, die die Unternehmen aufstellen“. Das Agieren der Banken in dieser Sache werfe die Frage nach der Kontrolle der Bankenmacht und nach den Kontrollmöglichkeiten der Aufsichtsräte wieder auf. Der Fraktionschef faßte die Erwartun-

gen an die kommenden Verhandlungen und Entscheidungen so zusammen: Erhalt aller Stahlstandorte („Bauernopfer darf es nicht geben“), sozialverträglicher Abbau von Arbeitsplätzen durch Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, Beteiligung der Unternehmen in regionaler Verantwortung am Strukturwandel durch Schaffung neuer Arbeitsplätze, voller Erhalt der Montanmitbestimmung.

Gisela Nacken, Fraktionssprecherin der GRÜNEN, begrüßte ausdrücklich, daß es gelungen sei, die beiden Unternehmen an einen Tisch zu bringen. Auch sie habe keine Illusionen darüber, daß eine Fusion im Stahlbereich beider Unternehmen ein schwieriges Unterfangen sei, das sich mit vielen Arbeitsplatzverlusten verbinde. Sie wies den Vorwurf der Union zurück, die rot-grüne Landesregierung sei handlungsunfähig, im Gegenteil, die Landesregierung mache deutlich, auf welcher Seite sie stehe und reagiere schnell, was man von der Bundesregierung nicht behaupten könne. Angesichts der angestrebten „Wildwestmanieren“ müsse den Unternehmen ins Gedächtnis zurückgerufen werden, daß ein zukunftssträchtiger Strukturwandel nur mit, aber nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelingen könne. Es gelte, den unvermeidbaren Prozeß sozialverträglich zu lenken, und dabei müsse die Frage gestellt werden, ob die Politik nicht bei solchen wirtschaftlichen Entscheidungen mit existentiellen Folgen für die Menschen längst auf der „Reservebank“ sitzt und erst dann eingewechselt werde, „wenn des darum geht, soziale und ökologische Folgen auszubessern“.

Laurenz Meyer (CDU) fragte: „Weiß die Landesregierung heute mehr, als sie uns hier sagt?“ Arbeitnehmer und Öffentlichkeit könnten jetzt Klarheit und ein klares Wort dieser Landesregierung verlangen. „Gibt es Zusagen über die finanzielle Beteiligung des Landes an der neuen Konzeption?“ fragte der Abgeordnete weiter. Es dürfe nicht sein, daß hier eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Konzeption gefunden werde, und die finanziellen Folgen für die Arbeitnehmer und die Sozialpläne würden dem Land vor die Füße gekippt. „Einer solchen Konzeption werden wir nicht zustimmen.“ An die Adresse des Ministerpräsidenten gerichtet, meinte Meyer, was sei das eigentlich für eine Selbstachtung eines Regierungschefs, der so vorgeführt worden sei. Er sei nicht informiert worden, weil diese Landesregierung in der Sache befangen sei.

Bodo Hombach (SPD) sagte: „Was man erlebt habe, sei eine neue Kultur — eine Kultur, von der man hoffe, daß sie nicht Platz greife in NRW. Der Fraktionsvorsitzende der CDU habe recht, wenn er fordere, daß man sich gemeinsame Instrumente ausdenken müsse, damit so etwas in Deutschland nicht Platz greifen könne. „Dieser Coup ist etwas, was uns, wenn wir nicht aufpassen, in der nahen Zukunft viel häufiger bedrohen kann.“ Denn auf Grund der Wechselkursveränderung der Mark zum Dollar seien deutsche Werte für große Kapitalanleger im globalen Markt sehr viel preiswerter geworden. Hombach schloß: „Wovor wir aber jetzt stehen, ist die große historische Aufgabe, Ökonomie und Arbeitsmarkt zu versöhnen.“

Klaus Matthiesen (SPD) bekräftigte die klare Verantwortungsteilung zwischen den



Der Petitionsausschuß des Landtags hatte am vergangenen Donnerstag den ehemaligen EU-Verwalter der Stadt Mostar in Bosnien, Hans Koschnik (l.), zu Gast. Die Vorsitzende Bärbel Wischermann (CDU, 2.v.l.) und der stellvertretende Vorsitzende Horst Steinkühler (SPD, r.) sowie Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2.v.r.) ließen sich über die Situation in Bosnien informieren. Der Petitionsausschuß trägt sich mit dem Gedanken, selbst eine Reise in diesen Teil des früheren Jugoslawien zu unternehmen. Das Gespräch mit Koschnik, einst SPD-Bürgermeister von Bremen, sollte der Entscheidungsfindung dienen. Foto: Schütte

Unternehmen und der Landesregierung, der nicht eine stärkere Rolle zugemutet werden dürfe, als sie tragen könne. Sie sei auch nicht in der Lage, global ablaufende Prozesse lokal abzufedern. Es gehe darum, eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen auf Dauer zu erhalten; sie unterliege einem gnadenlosen Wettbewerb und müsse Kostenvorteile europäischer Mitkonkurrenten wettmachen. Da könne man die Debatte nicht mit zusätzlichen Abgaben belasten. Stahlstandorte ließen sich nun mal nicht mit Windanlagen oder Ökosteuern sichern, betonte er.

Minister Wolfgang Clement (SPD) warnte, es gibt keinen anderen Weg als den der Kooperation“. Alles andere wäre eine Katastrophe, auch für die Arbeitsplätze. Es habe keinen Zweck, an der wirklichen Lage mit den jährlichen nahezu 200 Millionen Mark Verlust von Krupp-Hoesch vorbeizureden — „das hält doch kein Unternehmen durch“. Die Herstellung von Sozialverträglichkeit sei in erster Linie nicht Aufgabe des Staats, sondern der Unternehmen. In NRW fehlten derzeit eine Million Arbeitsplätze, die müßten hinzugewonnen werden. Das zeige die gewaltige Herausforderung, vor der man stehe.

Dr. Helmut Linssen (CDU) fand, es könne doch nicht wahr sein, daß in einer Zeit, in der Stahlfirmen dicke Verluste machten, über neue Folterinstrumente wie Ökoabgaben nachgedacht werde; damit würden die Schwierigkeiten der Stahlindustrie nur größer gemacht. Die großen Fraktionen wären gut beraten, wenn sie diese Instrumente in dieser Zeit und dann noch im nationalen Alleingang, völlig ausschließen. Auch er sei der Meinung, daß die Lösung innerhalb einer Woche gefunden werden müsse. Er appellierte erneut an den Ministerpräsidenten, seinen Sitz in der Krupp-Stiftung zu überdenken.

Roland Appel (GRÜNE) vermißte ein klares Wort der CDU zu ihrer sozialen Verpflichtung. Die Politik müsse nicht den Wandel einfach hinnehmen, sondern sich fragen,

was angesichts der politischen Verantwortung gegenüber den Menschen an Eingriffsmöglichkeiten zurückzugewinnen sei. Das habe nichts mit Dirigismus zu tun, sondern damit, ob sich die Politik völlig aus der Handlungsfähigkeit verabschieden wolle.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) meinte zu den Aussagen des CDU-Abgeordneten Meyer: „Er hat nichts gehört und nichts gelesen. Er kann keinen Unterschied erkennen, ob es um die feindliche Übernahme, die Zerschlagung eines ganzen Konzerns geht oder um die Suche nach Lösungen beider Unternehmen in einem schwierigen Bereich, eben beim Stahl.“ An die CDU gewandt, sagte er, er könne sich vorstellen, an was diese denke, wenn sie zusätzlich über die Mobilisierung von Landesvermögen spreche. Eingedenk früherer Aussagen nehme er an, daß die CDU die WestLB meine. „Dazu frage ich Sie gerade nach den Erfahrungen der letzten Tage: Welche Landesregierung könnte verantworten, auf die Möglichkeiten zu verzichten, die eine so gut funktionierende operierende Bank bietet?“ NRW werde zugemutet, erhebliche Mehrleistungen zu erbringen. „Herr Kollege Linssen, Sie haben das geschürt und sich noch mehr darum gekümmert, daß die Kassen in Nordrhein-Westfalen ein wenig leerer werden.“ Gleichzeitig verhandele dieser darüber, daß den Unternehmen weitere 15 Milliarden Mark Körperschaftsteuerleichterungen gegeben würden. „Wie bringen Sie das eigentlich in Einklang?“ fragte Schleußer.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) betonte, die Verhandlungen über die Ruhrstahl AG, die jetzt stattfänden, würden, so befürchte man, ähnliche Ergebnisse haben wie die feindliche Übernahme. Die Angst bestehe also darin, daß vor allem im Interesse der Banken ein Konzept durchgesetzt werde, an dem sich die Banken natürlich eine goldene Nase verdienten. Das sei der eigentliche Skandal, daß in diesem Fall die Entscheidungen nicht mehr im Ruhrgebiet oder von den Betroffenen gefällt werden könnten, sondern in Frankfurt oder anderswo fielen.

Bochumer Lösung:

Westkreuz wird im Verkehrsausschuß „angemessen“

Den CDU-Antrag „Landtag begrüßt sog. Bochumer Lösung gegen Staus“ (Drs. 12/1796) überwies die Plenummehrheit nach der Aussprache am 5. März an den Verkehrsausschuß. Die CDU hatte direkte Abstimmung beantragt.

Oliver Wittke (CDU) erläuterte, die CDU erbitte Unterstützung für den sechsstreifigen Ausbau der A 40 zwischen Gelsenkirchen und Bochum-Stahlhausen, für den Anschluß des Westrings an die A 40 und für die Querspange. Die Situation sei für Anwohner unzumutbar. Aus ideologischer Verblendung habe der frühere Minister Zöpel den Ausbau und damit den Schutz der Bevölkerung verhindert. Die A 40 verdiene den Namen „Ruhrschleichweg“ statt „Ruhr-schnellweg“. Eine neue Ost-West-Spange bringe nach Ansicht der Gutachter Entlastung wie ein Bypass. Außerdem gehe es um den Wirtschaftsstandort Bochum. Für das Westkreuz übernehme der Bund 50

Prozent der Kosten. Dem Minister fehle die Mehrheit für die 32 Millionen Mark Landesmittel. Die SPD habe nicht genug Kraft zur Abstimmung.

Heinz Wirtz (SPD) stimmte dem Antragsziel zu, lehnte aber einen DüBoDo-Lückenschluß ab. Die SPD wolle eine Verbindung von 2,2 Kilometern zwischen Außenring und Autobahnstumpf A 44. Das liege auf der Trasse des Bundes für die DüBoDo, weshalb die GRÜNEN dagegen seien. Die Plantrasse dürfe nicht zum heiligen Land erklärt werden, sondern mit der sinnvollen Verknüpfung werde erheblicher Autobahnbau sogar vermieden. Ein Verkehrskreuz zur A 40 sei ebenfalls dringend sowie der Umbau zwischen Essener Stadtgrenze und Stahlhausen. Der tägliche Stau finde nicht nur auf der Autobahn, sondern auch in nachgeordneten Straßen statt. Der Lärmpegel müsse laut gesetzlicher Vorgabe halbiert werden. Der Verkehr werde ohnehin zunehmen. Bochum wolle den ÖPNV-Anteil um mehr als 30 Prozent steigern.

Johannes Rimmel (GRÜNE) warf der Opposition vor, kommunale Verkehrslösungen unangemessen im Landtag zu diskutieren, ohne eigene Problemlösung und ohne die nötige fachliche Qualifikation. Es gebe bei der Bochumer Lösung einen Dissens zwischen den Koalitionsfraktionen. Die ehrliche

Auseinandersetzung bleibe die CDU schuldig. Die GRÜNEN fühlten sich von beiden Gutachtern bestätigt: Der Verkehr samt Schadstoff- und Lärmbelastung nehme zu. Probleme im Ruhrgebiet seien durch Kurzfahrten hausgemacht. Straßenbau verhindere mögliche ÖPNV-Verbesserungen. Im CDU-Antrag seien kurz- und mittelfristige Planungen vermischt. Bei gutem Verlauf dauere das Verfahren noch mindestens acht Jahre. Radverkehr und ÖPNV seien wichtigere Vorhaben.

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) hielt die Ausschußüberweisung für vernünftig und stimmte dem GRÜNEN-Redner zu, wo Staus entständen, könnten nicht überall noch Straßen gebaut werden. Auf dem Ruhrschnellweg in Stahlhausen stehe jedoch der Verkehr dreimal täglich stundenlang still. Das sei absolut unerträglich. Auch in Essen gebe es tägliche stundenlange Staus. Der Gutachter aus Aachen erkenne deutliche Linderung durch die Bochumer Lösung. Bevor damit begonnen werde, würden bis zum Jahr 2000 in NRW 200 Millionen Mark Landesmittel in den ÖPNV investiert. Es gehe um Sowohl-Als-auch-Politik. Durch die Bochumer Lösung könne auf die DüBoDo verzichtet werden. Die GRÜNEN trügen, antwortete Clement auf Nachfragen von Wittke, eine „angemessene“ Verbindung zwischen A 40 und Westtangente mit.

CDU vermißt EU im Schulunterricht

„Jährliche Projektwoche zum Thema Europa!“

Den CDU-Antrag „Europäische Einigung beginnt auch im Unterricht“ (Drs. 12/1748) überwies der Landtag nach der Aussprache am 6. März in die Ausschußberatung. Während die Koalitionssprecherinnen und die Ministerin das Thema Europa für in NRW sehr beachtet hielten, plädierte die antragstellende Fraktion für stärkere Bemühungen um europäisches Wissen und für jährlich verbindlich eine Projektwoche „Europa“ an allen Schulen.

Ilka Keller (CDU) verzeichnete mehr öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Europäische Union, nachdem es jahrelang ein Schattendasein geführt habe. Daß das europäische Recht Vorrang vor nationalem Recht habe, darüber bestehe mittlerweile Einigkeit. Der CDU sei die bessere Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen auf die wirtschaftliche, soziale, politische und geistig-kulturelle Teilhabe wichtig. Minister Dammeyer sei leider bei der Vorstellung der NRW-Europapolitik auf die Bildungspolitik nicht eingegangen. Die Konzeption der Europa-Gesamtschule Bornheim, die Kinder zu aktivem Europa-Austausch anzuregen, habe er allerdings unterstützt. Leider werde Europa trotz eines Runderlasses von 1991 nicht überall thematisiert. Die Geschichte der EU und die Organe und Entscheidungsstrukturen seien nicht bekannt genug. Der wachsende europäische Alltag müsse im Schulunterricht sehr deutlich Eingang finden.

Annelie Kever-Henseler (SPD) hielt den CDU-Antrag für wenig tauglich. Das Thema Europa und Fragen nach Beschäftigung, sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit sowie Erhalt unserer Umwelt werde ernstgenommen. NRW sei mit 18 Millionen Einwohnern mitten im Zentrum der EU stärker betroffen. Zu der von der CDU geforderten

Erziehung zur Europafähigkeit gehöre Sprachkompetenz, Flexibilität und Toleranz. Das Erlernen einer zweiten oder dritten Fremdsprache solle den Alltag bewältigen helfen. Interkulturelles Lernen vermittele Wissen über europäische Länder und ihre Menschen. Was die CDU zu Forderungen an die Landesregierung hochstilisiere, sei längst selbstverständlicher Schulalltag. In Köln betrage der Anteil ausländischer Schüler 26 Prozent., Begegnungssprache sei häufig Italienisch. Auch Köln verfüge über eine Europa-Gesamtschule sowie über eine international berufsbildende Schule.

Brigitte Schumann (GRÜNE) äußerte sich erstaunt über die Forderung von Institutionenkunde, die schon lange nicht mehr Lernziel sei. Die CDU wolle Akzeptanz für Europa. Welches Europa, wessen Interessen sie wolle, sei fraglich: das Europa der Konzerne mit freien Märkten und freigesetzten Menschen oder das Europa mit gestärkten sozialen Rechten, offenen Grenzen, mehr Umweltschutz für nachhaltiges Wirtschaften. Sie habe weitere Erlasse seit 1977 gefunden, die sich bündeln ließen als „Erziehung zur Friedenskultur“. Auch effiziente Fortbildungsstrukturen könnten unter diesem Motto aufgebaut werden.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) sah den Antrag als angenehme Überraschung an, da er große Übereinstimmung zeige. Europa im Unterricht sei wichtig, flankierende Maßnahmen gebe es seit 1991. Richtlinien und Lehrpläne würden europäisch geprägt für alle Schulformen. Zweisprachen-Angebote nähmen erheblich zu. Bei Lehrerfortbildung und Schulbuchprüfung werde der Europabezug vorangetrieben. Die Landeszentrale für politische Bildung unterstütze die Arbeit der Schulen. Das Projekt „Öffnung von Schule“ umfasse viele innereuropäische Begegnungen. Der Bund-Länder-Großversuch „Lernen für Europa“ sei von NRW als Pionieraufgabe übernommen worden, nicht zufällig. Die Landesregierung tue mehr, als im Antrag gefordert. Übrigens würden osteuropäische Fragen von der CDU vernachlässigt. Es gebe bereits 24 offizielle NRW-Schulpartnerschaften mit Tschechien.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) hielt die Debatte für sinnvoll. Im Schulalltag würden Erlasse nur umgesetzt, wenn sie an konkreten Lernzielen und Projekten festgemacht werden könnten. Kenntnisse der geographischen Vielfalt des europäischen Raums, Rechte und Freiheiten, Grundwerte im Leben der europäischen Völker und Staatengemeinschaft seien zu vermitteln, würden aber oft nicht umgesetzt. Für viele sei Europa ein seelenloser und unheimlich bürokratischer Apparat. Europa werde als Moloch empfunden, der deutsche Steuergelder aufbrauche. Die heranwachsende Generation bringe wenig Interesse auf. Es gebe Nachholbedarf. Die Jahre 1997 und 1998 seien Schlüsseljahre für die europäische Integration. Das Schulministerium solle verbindlich für alle Schulen jährlich eine Projektwoche zum Thema Europa durchsetzen.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, hielt Raus Reiseziel, etwas lernen zu wollen, für gut. Das Land interessiere sich für Raus Erkenntnisse. Die Niederlande hätten eine Entwicklung, die uns neidisch machen könne. Das beruhe auf knochenharter staatspolitischer Arbeit. Fläche, Einwohnerzahl, Bruttoinlandsprodukt seien mit NRW vergleichbar. Das Wachstum liege deutlich über dem deutschen, vor allem über NRW. 37 Prozent der Niederländer hätten Teilzeitsjobs, in NRW seien es zehn Prozent. 47 Milliarden Dollar ausländischen Investitionen in den Niederlanden stünden 1996 nur 3,9 in NRW gegenüber. 1000 Unternehmen mit 80000 Arbeitsplätzen hätten ihren Firmensitz in die Niederlande verlagert. Nach einer umfassenden Steuerreform seien pro Kopf und Jahr 545 Mark zurückgegeben worden, bei uns sollten es nach der Steuerreform 370 Mark werden. Gewerbesteuer gebe es nicht. Unternehmenssteuern seien elf Prozent niedriger, Fremdsprachen-Qualifikationen höher. Über ein Viertel der Berufstätigen seien auf den Arbeitsmarkt zurückgekommen. Arbeitszeiten seien flexibel. Neue Niedriglohngruppen und Gelegenheitsjobs für arbeitslose Jugendliche seien eingeführt worden. Bei uns sei keine nüchterne Diskussion über einen solchen „Horror Katalog“ möglich. Deutschland habe die rückständigsten Sozialdemokraten in Europa. In dieser Verfassung könne es nicht mehr lange mithalten.

Bodo Hombach (SPD) trug Zahlen aus amtlicher Statistik vor, wonach das Bruttoinlandsprodukt in den Niederlanden deutlich unter dem von NRW liege, ebenso die Arbeitsproduktivität. Die ökonomische Krise sei tiefgreifender gewesen als bei uns. Zur Zeit sei jeder siebte arbeitsfähige Holländer aus dem Arbeitsmarkt ausgesteuert. Statt 7,4 rechne die OECD mit 27 Prozent Erwerbslosigkeit in Holland. Dessen Beschäftigungsboom sei ein Teilzeitboom. Dennoch brauchten auch wir flexiblere Arbeitszeiten. Das Einkommen der Teilzeitbeschäftigten werde in Holland durch Sozialtransfers bis zum Existenzminimum aufgestockt. Es gebe eine steuerfinanzierte Grundsicherung. Genau betrachtet, erhielten die Niederländer ihre Kaufkraft durch steuerfinanzierte Sozialtransfers. Sie kurbelten die Konjunktur mit Schulden- und Steuerfinanzinvestitionen an. Er habe sich in Holland informiert. Demnächst finde ein Gegenbesuch statt, und Beispielhaftes in NRW wie Gründungsoffensive, Meistergründungsprämie und Risikokapital werde besehen. Den Holländern sei ein radikaler Pragmatismus eigen und Abscheu vor ideologischen Blockaden. Der Staat moderiere. Konsens werde gestärkt. NRW komme weiter, wenn es sich ebenfalls auf Konsens einlasse.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) begrüßte Raus zweite Niederlande-Reise, weil das Nachbarland auch beim vorsorgenden Umweltschutz eine Vorreiterrolle einnehme. Die Niederlande seien ein Staat. NRW habe entscheidende Kompetenzen nicht. Außerdem kämpfe Deutschland wegen der Einheit mit zusätzlichen Schwierigkeiten, die massiv auf die Haushalte wirkten. Teilzeitarbeit sei in den Niederlanden ganz anders abgesichert. 330000 neue Arbeitsplätze in NRW von 1987 bis 1994 seien auch ein wichtiger Schritt. In den Niederlanden gebe es auch weniger Steuerschlupflöcher. Deutschland solle diese für Reiche endlich stopfen. Bei der unsoliden Haushaltspolitik von Waigel

Nach Rau-Reise in die Niederlande:

Vom „kleinen Wirtschaftswunder“ lernen

Den CDU-Antrag „Umsetzung der Erkenntnisse des Ministerpräsidenten aus der Niederlandreise vom 6. und 7. Februar 1997 für eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und Wirtschaftslage in NRW“ (Drs. 12/1798) überwie der Landtag nach der Aussprache am 5. März an den Hauptausschuß. In dem Antrag fordert die CDU zu prüfen, inwieweit Raus Erkenntnisse in NRW umgesetzt werden könnten und welche Initiativen hierzu die Landesregierung im Bundesrat einbringen werde.

gebe es keine Planungssicherheit. Die GRÜNEN wollten die Steuerreform mit einer bundesweiten Energiesteuer gegenfinanzieren. Die Niederlande hätten auch einen Mindestlohn. Deutschland brauche eine gemeinsame Diskussion über zukunftsfähige Politik.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bestätigte, er habe viel von dem geschätzten Nachbarland gelernt, für Frieden, Entspannung, Behinderte, Jugend bis hin zum Stiftungswesen. Ein Netz von Freundschaften sei entstanden. Der Eindruck, es liege an der Steuerpolitik, sei falsch. Der Schlüssel sei vielmehr die in Jahrzehnten gewachsene Bereitschaft zum Konsens statt zur Konfliktgesellschaft. Das sei auch sein Stil. Der reine Wirtschaftsvergleich sei kurzschlüssig. Nicht alles sei übertragbar. Aber gesamtgesell-

schaftliche Verantwortung sei auch hier gefragt. Teilzeitarbeit sei mit steuerlich gesicherter Grundversorgung etwas völlig anderes als bei uns. Was Streiktage betreffe, hätten die Deutschen eine bessere Bilanz.

Roland Appel (GRÜNE) machte auf eine bemerkenswerte Rede von Rau in den Niederlanden aufmerksam und vermißte bei Linssens Worten zum Vorbild der niederländischen Drogenpolitik, zum Umgang mit Hausbesetzern, wodurch deutlich geworden sei, daß man dort Sozialpflichtigkeit von Eigentum anders begreife. Kinder von Eingewanderten hätten dort keine Probleme mit der Staatsbürgerschaft. Auch ein Antidiskriminierungsgebot im Polizeigesetz gebe es dort.

Dr. Helmut Linssen (CDU) wies auf den Antragstitel hin, der auf Erkenntnisse für Arbeitsmarkt und Wirtschaft abstelle, nicht auf Coffeeshops. Leider habe Rau keine Konsequenzen aus seinen Erkenntnissen mitgeteilt. Fast überall, wo schmerzhafte Eingriffe vollzogen worden seien, hätten die Regierungen gewechselt. Das stimme nachdenklich. In der Demokratie werde auch Konflikt gebraucht. Rau solle mit dem Koalitionspartner den Konflikt suchen, das überlasse er jedoch Matthiesen. Wie Gottvater über allem schweben zu können, das gehe nicht mehr. Dafür sei der NRW-Weg zu sehr abgeglitten.

Bodo Hombach (SPD) warf der CDU vor, Gesprächsbereitschaft als Zeichen von Schwäche zu vermitteln, anschließend Interessenspolitik draufzusetzen und Gemeinwohl zu verlernen. Daß unser Staat nicht Moderator sei, sondern sich vereinnahmen lasse und daß die CDU an der Seite der Arbeitgeber die Gewerkschaften niedergekämpft hätte, werde sich noch rächen.



Anders als beim Westerschelde-Flutwehr an der Nordsee war dem NRW-Ministerpräsidenten nicht „Zutritt verboten“, sondern Eingehen auf niederländisches Staatshandeln ausdrücklich erlaubt.

Austausch und Konkurrenz NRW – NL

Traditionell intensive und fruchtbare Austauschbeziehungen bescheinigt Wirtschaftsminister Wolfgang Clement NRW und den Niederlanden. In kein anderes Land werde so viel exportiert und importiert, berichtete er dem Wirtschaftsausschuß am 13. Februar zum Thema „Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in der deutsch-niederländischen Grenzregion“ (Vorlage 12/1184).

Neben Kooperation in vielen Gremien gebe es aber auch gezielt und provokativ wirkende Versuche der Wirtschaftsförderung Gelderland, ausländische Unternehmen zum Wegzug aus NRW zu bewegen, und die Planung eines Güterverkehrszentrums im Raum Arnheim/Nimwegen als überdimensionierte Konkurrenz zu NRW. Falsch seien Aussagen über Arbeitsver-

träge in Deutschland. Ernst zu nehmen seien aber Hinweise auf unsere Nachteile bei den Produktionskosten: Bau-, Lohn-, Energie- oder Lebenshaltungskosten und bei den Steuern.

Mit Auskunftsverweigerung über eingeräumte Steuervorteile vereitelten die Niederlande alle Versuche des deutschen Fiskus, mißbräuchliche Steuervermeidung deutscher Unternehmen zu bekämpfen.

Auf verschiedenen Ebenen werde versucht, einen grenzüberschreitenden Standort für Logistik und Transportwirtschaft am Niederrhein unter Einbindung des multimodalen Transportzentrums Valburg zu entwickeln. In zentralen Punkten sei eine einheitliche Linie jedoch noch nicht gefunden worden, stellt der Minister in dem Bericht fest.

Innenminister vermißt bei Opposition den Mut zum Gesetzentwurf

Parlament hat Pilotfunktion für schlankere Strukturen

Der Landtag hat entsprechend der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die CDU-Opposition den Antrag der Union, den Landtag auf 201 Mandate zu beschränken und für eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise zu sorgen, abgelehnt (Drs. 12/1620 und 1787).

Ruth Hieronymi (CDU) erklärte: „Wir als Parlament sollten nicht nur über schlankere Strukturen von Verwaltungen und Ministerien debattieren, sondern sollten in unserer Pilotfunktion auch für schlankere, entscheidungsfähige und entscheidungsfreudige Strukturen des Parlaments eintreten.“ Das bedeute, die Zahl von Ausgleichs- und Überhangmandaten müsse reduziert werden und der Leitvorstellung des Landeswahlgesetzes, die bei 201 Abgeordneten liege, entsprechen, anstatt wie derzeit einen Überhang von 20 Mandaten zu tolerieren. Die CDU-Fraktion habe zur Lösung dieses Problems zwei Maßnahmen vorgeschlagen. Als erstes sei es notwendig, das Verhältnis von Wahlkreismandaten zu Listenmandaten so zu verändern, daß Überhang- und Ausgleichsmandate möglichst vermieden würden. Bisher gelte ein Verhältnis von 3 zu 1. Die Folge dieser Vorgabe sei, daß die Wahrscheinlichkeit, daß Ausgleichs- und Überhangmandate notwendig würden, erhöht werde. Man schlage vor, das Verhältnis von Wahlkreismandaten zu Listenmandaten ausgewogener zu gestalten, um Überhänge möglichst zu vermeiden. „Unseres Erachtens muß das Verhältnis 1 zu 1 betragen“, sagte Frau Hieronymi. Zum zweiten Problemkreis führte sie an, man habe in NRW pro Wahlkreis eine durchschnittliche Einwohnerzahl von rund 118 000. In einer Fülle von Wahlkreisen aber werde diese Durchschnittszahl wesentlich über- oder unterschritten. Heute sei nach geltendem Gesetz eine Überschreitung „bei uns“ schon in 13 Wahlkreisen der Fall, wo nach dem Konsens des Deutschen Bundestages quer durch alle Parteien eine Veränderung der Wahlkreisgesetze erfolgen müßte.

Birgit Fischer (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, betonte, es sei vollkommen egal, wie man die Wahlkreise schneide, denn man habe ein Verhältniswahlrecht. „Wir haben Überhangmandate und wir haben Gott sei Dank auch Ausgleichsmandate im Gegensatz zum Deutschen Bundestag, so daß sich das Wahlergebnis der Wähler eindeutig im Parlament widerspiegelt. Deshalb ist letztendlich der Wahlkreis-zuschnitt für dieses Ergebnis völlig unwichtig.“ Frau Fischer fuhr fort, es wäre schnell ein Einvernehmen zu erzielen, ginge es nur um den allgemeinen Grundsatz der Sparsamkeit. Bedenke man jedoch die Verhältnismäßigkeit der einzelnen Maßnahmen, gingen bei diesem Abwägungsprozeß die Meinungen und Bewertungen auseinander. Das einfache Motto „kleiner, billiger, besser“ stimme so nicht. „Eine Kostenreduzierung muß stattfinden, aber Demokratie gibt es nicht zum Nulltarif.“ Die Argumente der CDU seien nicht überzeugend. Sie hätten in der Tat nicht mehr als einen Symbolcharakter.

Die SPD sei auf jeden Fall nicht bereit, an demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten zu sparen. Das einfachste Mittel, um den 201 Mandaten näher zu kommen, sei die Aufhebung des Verhältniswahlrechts und die Einführung eines Mehrheitswahlrechts. Da habe sie große Bedenken. Die zweite Möglichkeit sei, Ausgleichsmandate abzuschaffen. Sie fördere die SPD mit Sicherheit nicht. Als dritte Möglichkeit werde die Wahlkreisgröße angeführt. Da folge man dem Argument der CDU nicht, weil das Verfassungsgericht sage, daß die Wahlkreise 33 1/3 Prozent auseinanderliegen könnten.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, unterstrich, es sei überhaupt kein Geheimnis, daß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich immer dafür eingesetzt hätten, daß es in den Parlamenten ein Mehr von Demokratie gebe und daß vor allem die Parlamente, wie sie zusammengesetzt würden, demokratischer gewählt würden. Deshalb berate die Koalition ja derzeit aufgrund der Koalitionsvereinbarung über die Verbesserung des Kommunalwahlgesetzes. Man wolle dadurch den Menschen mehr Möglichkeiten geben, die Kommunalparlamente mitzubestimmen, indem man das Kumulieren, das heiße das Anhäufen von Stimmen und das Panaschieren, das heiße das Übertragen von Stimmen von dem einen auf den anderen auf dem Stimmzettel und damit den direkten Bürgerinnen- und Bürgereinfluß auf die Zusammensetzung der Listen stärke. Entsprechende Gedanken könnte man natürlich auch für eine Landesreserveliste aufstellen. Im übrigen bestritt der Abgeordnete, daß man ein wirkliches Verhältniswahlrecht in der Bundesrepublik habe. Dadurch würden auch die kleinen Parteien gezwungen, wesentlich mehr Wählerstimmen pro Mandat zu mobilisieren als die großen Parteien.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) berichtete, im Landtag gelte schon seit jeher

das Verfahren Hare-Niemeyer. Deswegen sei auch jede Ausführung in bezug auf d'Hondt oder Hare-Niemeyer, was den Landtag angehe, außen vor. Der Minister griff dann eine Passage seiner Kollegin Fischer auf. Wenn wirklich die Absicht bestünde, den Landtag auf 200 Mandate zu begrenzen, würde die Frage, ob man 150 oder 100 Wahlkreise habe, eine relativ kleine Rolle spielen. Die entscheidende Rolle spiele dabei die Frage, ob man Überhang- und Ausgleichsmandate habe. Der CDU hielt er vor, sie spreche nur die indirekten Wirkungen an, die durch die Veränderung der Zahl der Wahlkreise entstünden. Das klare Wort das die Konsequenz der Überschrift des Antrages wäre, den Landtag auf 201 Mandate zu begrenzen, heiße ja, daß es keine Überhang- und keine Ausgleichsmandate gebe. Zu diesem Zweck müßte man das Mehrheitswahlrecht haben. Das wäre in diesem Zusammenhang die einzig saubere Lösung. Der Minister schloß „Ich sehe keine Notwendigkeit für die nächste Landtagswahl zu einer Neueinteilung zu kommen.“

Heinrich Kruse (CDU) meinte, die rot-grüne Landesregierung bleibe auch im Falle der Wahlkreiseinteilung ihrer eingeschlagenen Linie, nämlich der Schlechterbehandlung des ländlichen Raums treu. Die immer noch erhebliche Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl in den einzelnen Wahlkreisen führe zu einer gravierenden und im Interesse der Chancengleichheit sowie Wahlgerechtigkeit nicht hinnehmbaren Benachteiligung der Wähler in den überproportional großen Wahlkreisen des ländlichen Raums. In einer Reihe von Großstädten des Ruhrgebiets würden die durchschnittlichen Einwohnerzahlen dagegen erheblich unterschritten. Er führte die Wahlkreise von Mülheim und Essen an, die eine Abweichung von insgesamt minus 140 000 gegenüber dem Landesdurchschnitt hätten.



Neues Mandat, neue Aufgabe: Die SPD-Abgeordnete Gisela Gebauer-Nehring an ihrem ersten Sitzungstag in der 12. Legislaturperiode.
Foto: Schälte

Klarheit für die Berufe in der Altenpflege

Klarheit für die Berufe in der Altenpflege fordert ein gemeinsamer Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN, den der Landtag einstimmig in zweiter Lesung verabschiedete. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde ein Entschließungsantrag aller drei im Hause vertretenen Fraktionen. Arbeits-, Gesundheits- und Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) bezeichnete den Gesetzentwurf als einen notwendigen und wichtigen Schritt, um die Altenpflegeausbildung in Nordrhein-Westfalen zu sichern (Drs. 12/1715 und 1829).

Ina Meise-Laukamp (SPD) sagte, daß dieser Gesetzentwurf von allen drei Fraktionen gemeinsam eingebracht worden sei, zeige, daß der Landtag einmütig hinter einer qualifizierten und umlagefinanzierten Ausbildung für die Altenpflegerinnen und Altenpfleger stehe. „Wir schaffen mit diesem Gesetz Rechtssicherheit für alle Betroffenen, für die 6000 Auszubildenden, die ein Recht auf angemessene Ausbildungsvergütung haben, für die Träger von Fachseminaren und natürlich für die Landschaftsverbände, die als auszahlende Behörden zu Recht verunsichert waren“, stellte die Abgeordnete fest. In der gemeinsamen Entschließung fordere man im Rahmen der Qualitätssicherung die Pflegekassen nochmals auf, die Ausbildungsvergütung als Bestandteil des Pflegesatzes aufzunehmen.

Georg Gregull (CDU) erklärte, das was man diskutiere, beruhe auf dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Münster, das das Landesaltenpflegegesetz bezogen auf die Altenpflegeausbildung in drei Punkten „angesprochen“ habe: Die Landschaftsverbände seien im Gesetzestext nicht ausdrücklich genannt; zweitens sei die regelmäßige Überprüfung der Notwendigkeit der Umlage nicht formuliert; drittens würden verfassungsmäßige Bedenken geäußert. Die ersten beiden Punkte habe man durch den gemeinsamen Gesetzentwurf heilen können. Dem dritten Punkt komme insofern eine besondere Qualität zu, weil die Sorge bestehe, das Umlage-

verfahren könnte generell in Frage gestellt sein. Es sei deshalb sachdienlich und richtig, daß die Fraktionen eine gemeinsame Entschließung erarbeitet hätten — sozusagen vorsorglich. Und auch die Richtung der Entschließung sei die richtige. Das Gespräch mit den Pflegekassen zu führen, erschien nicht aussichtsreich. Ansprechpartner in dieser Frage sei der Bund.

Daniel Kreutz (GRÜNE) betonte, um die Situation der umlagepflichtigen Träger zu verbessern, weise man im gemeinsamen Entschließungsantrag ausdrücklich auf die Verantwortung der Pflegekassen für die Qualitätssicherung hin, die mit der Qualität des Personals ja stehe und falle. Die Kosten für die Gewinnung qualifizierten Personals — genau hierzu gehöre ja die Umlage — seien über den Pflegesatz refinanzierbar. Um dies in der Gestaltung der Pflegesätze auch durchgängig und angemessen zum Tragen zu bringen, regten alle Fraktionen eine entsprechende bundesgesetzliche Klarstellung an und forderten die Landesregierung auf, entsprechend tätig zu werden. Wenn eine ausreichende Refinanzierung der Umlagekosten über den Pflegesatz hergestellt werden könne, dann hätten alle Träger von zugelassenen Pflegeeinrichtungen keine Veranlassung mehr, gegen die Umlageverordnung zu streiten.

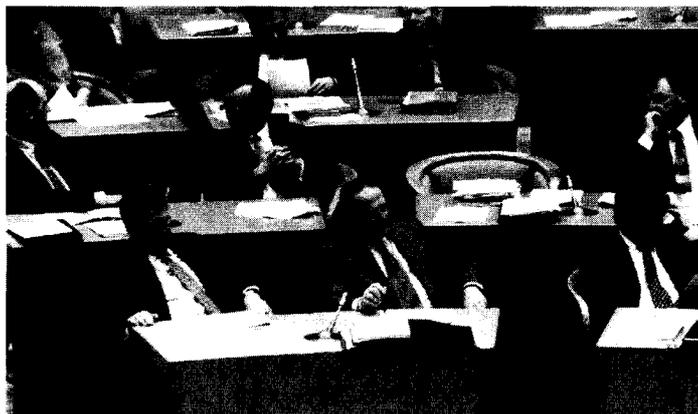
Arbeits-, Gesundheits- und Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) stellte fest, Gesetzgeber und Landesregierung hätten durch gemeinsames schnelles Handeln erreicht, die Rechtssicherheit im Bereich der Altenpflegeausbildung bis zur endgültigen Klärung der noch gesehenen verfassungsrechtlichen Fragen zu erhöhen und den angehenden Altenpflegerinnen und Altenpflegern ihre akuten Sorgen zu nehmen. Das Gutachten von Professor Ipsen zur nochmaligen verfassungsrechtlichen Prüfung der umlagefinanzierten Ausbildungsvergütung liege inzwischen vor. Der Gutachter komme nach Auswertung der Rechtsprechung beider Senate des Bundesverfassungsgerichts zu dem Ergebnis, daß das im Altenpflegegesetz geregelte Umlageverfahren mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Der Minister unterstrich ferner, die Träger wiesen zu Recht darauf hin, daß die Bedingungen zur Refinanzierung der Umlagebeträge einer Verbesserung bedürften. Es sei ganz klar: Mit dem Inkrafttreten der Pflegeversicherung stünden die Pflegekassen in der Mitverantwortung für die Qualitätssicherung in der Pflege.

Bundesregierung soll Mittel für Agrarstruktur bald freigeben

Die im Landshaushalt 1997 für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitgestellten Landesmittel können nach Auffassung von SPD und GRÜNEN nicht in Anspruch genommen werden, weil die Bundesregierung bisher keine Entscheidung über die Freigabe der im Bundeshaushalt 1997 vorgesehenen Mittel von 2,2 Milliarden Mark getroffen hat. In einem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde daher der Bund aufgefordert, diese Mittel kurzfristig bereitzustellen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU-Opposition angenommen, deren eigener Antrag keine Zustimmung fand (Drs. 12/1828 und 1841).

Horst Steinkühler (SPD) merkte an, es sei immer ärgerlich, wenn Fördermittel nicht abfließen, und selbst wenn es wie in diesem Fall nur sechs Prozent des Gesamtrahmens seien. Ohne spekulieren zu wollen, sage er sich, daß man doch zunächst bei den Bewilligungsbehörden, also den Landwirtschaftskammern nachhaken müßte, ob denn dort ordnungsgemäß und vernünftig gearbeitet worden sei. Zu den Bundesmitteln sagte er, wenn diese nicht schnellstmöglich freigegeben würden, dann bestehe die große Gefahr, daß Bauvorhaben nicht durchgeführt werden könnten und höhere Haushaltsreste als im Vorjahr zu befürchten seien.

Eckhard Uhlenberg (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, sagte, ohne Mittel des Bundes laufe in NRW überhaupt nichts, weil sich diese Politik für den ländlichen Raum fast ausschließlich aus Bundesmitteln zusammensetze. Von den 2,2 Milliarden Mark, die in der Gemeinschaftsaufgabe auf Bundesebene enthalten seien, flössen 131 Millionen Mark nach NRW. Das sei ein geringer Ansatz, weil NRW auch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nie bereit gewesen sei, Komplementärmittel zur Verfügung zu stellen. Diese 131 Millionen würden dann noch einmal um die entsprechenden Landesmittel, die bei 60 Millionen Mark lägen, aufgestockt. Man sei sich im Fachausschuß einig, daß man den Bund auffordere, die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe des Bundes (weiter Seite 12)



Blick ins Plenum: im linken Bild Abgeordnete der CDU-Opposition mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen (links unten), im rechten Bild die Regierungsbank mit Ministerpräsident Johannes Rau, SPD, (rechts vorne). Fotos: Schälte



Zur aktuellen Lage im Ausländerrecht trafen sich die Ausländerbeiräte des Ennepe-Ruhr-Kreises zu einem Gespräch mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt (im Bild links 6. v. l.). Es wurde eine Resolution zur sofortigen Aufhebung der Visums- und Aufenthaltserlaubnispflicht für Kinder und Jugendliche übergeben — Die Mitarbeiterinnen im Reinigungs- und Garderobendienst, Ilse Leu (im rechten Bild links) und Renate Ohmen (rechts) hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt in den Ruhestand verabschiedet. In seiner Laudatio auf Frau Leu, die seit 1982 im Landtag beschäftigt war, sagte der Präsident, für jeden Menschen und jedes Ereignis habe sie ein Lachen und eine humorvolle Bemerkung gehabt. Man sei heute noch des Lobes voll über ihren Fleiß. An Frau Ohmen gewandt, die fast 19 Jahre in Diensten des Parlaments stand, meinte Ulrich Schmidt, sie sei eine engagierte und herzliche Fürsprecherin für ihr Kolleginnen gewesen. Für ihre freundliche und zuvorkommende Art an der Garderobe dankte ihr der Präsident auch im Namen aller Abgeordneten.

Fotos: Schälte

Polizeistiftung wird gegründet

Die CDU-Fraktion hat vorgeschlagen, eine privatrechtliche Stiftung mit einem einmaligen Zuschuß des Landes als Startkapital zu gründen, die Hilfe bei unverschuldeten Notlagen im Dienst verletzter oder getöteter Polizeibeamter oder ihrer Familien leisten soll. Einen entsprechenden Antrag (Drs. 12/1271 neu) hat der Landtag am 6. März beraten und in der Abstimmung unter Hinweis auf laufende Bemühungen um die Gründung einer Privatstiftung Polizei abgelehnt.

Karin Hussing (CDU) argumentierte, wegen der gefährlichen Einsätze sei das Land den Beamten und ihren Familien gegenüber zu einer besonderen Solidarität verpflichtet. Darum sollte in NRW nach dem Vorbild Baden-Württembergs eine Polizeistiftung ins Leben gerufen werden. Die private Stiftung, auf die die SPD verweise, gebe es bis heute nicht.

Edgar Moron (SPD) erklärte die Ablehnung durch seine Fraktion damit, daß hier nach dem Staat gerufen werde, obwohl vor allem bürgerschaftliches Engagement verlangt sei. Als Mitinitiator einer Stiftung auf privater Basis ohne öffentliches Geld könne er mitteilen, daß die letzte Hürde überwunden sei; nun könne endlich das Stiftungsgeschäft in Gang gesetzt werden.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) meinte, es könne nicht Aufgabe des Landes sein, stellvertretend für verschiedene Berufsgruppen die Initiative zu ergreifen und eine Stiftung ins Leben zu rufen. Seine Fraktion lehne den Antrag ab, weil sonst der falsche Eindruck entstehen könnte, die Landesregierung bevorzuge eine Berufsgruppe.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) erklärte, man sei sich im Landtag zwar einig, „daß die Errichtung einer Polizeistiftung sinnvoll, wünschenswert, vielleicht sogar notwendig ist“; der Dissens bestehe in der Frage, inwieweit hierbei das Land mit Stiftungsvermögen als Stiftungsgründer in Erscheinung trete. Der Abgeordnete Moron habe durch sein Beispiel überzeugend nachgewiesen, daß es einer solchen staatlichen Aktivität nicht bedürfe, „wir sollten an dieser Stelle ihm und den Mitinitiatoren seiner Stiftung sehr herzlich danken“.

Haltepunkte

Die Landesregierung soll die ausschließliche Bindung der Wohnungsbauförderung ab 1998 an Haltepunkten des Schienenverkehrs aufheben. So etwas benachteiligte den ländlichen Raum und führe dazu, daß hier wegen der unzureichenden schienengebundenen Anbindung letztlich kein sozialer Mietwohnungsbau mehr stattfinde. Dies fordert ein CDU-Antrag (Drs. 12/1791), den der Landtag Anfang März einstimmig zur abschließenden Beratung und Abstimmung an den zuständigen Fachausschuß überwiesen hat.

Bernd Schulte (CDU) unterstrich den Bedarf der Menschen im ländlichen Raum an bezahlbarem Wohnraum, der drohende Wegfall der Förderung habe hier für erhebliche Unruhe gesorgt. An einem Beispiel für die Auswirkungen der Förderrichtlinie rechnete der Abgeordnete vor, die Gemeinde müsse, um entsprechend der Bedingung eine halbe Million an Fördermitteln zu bekommen, ihre Betriebsausgaben bei öffentlichem Personennahverkehr um 450 000 Mark steigern.

Gerd-Peter Wolf (SPD) nannte die Unruhe überholt; man sei inzwischen zu pragmatischen Lösungen bei der Förderkulisse gekommen. In den letzten Jahren habe die Siedlungsentwicklung oft nicht an den Stellen stattgefunden, die die Landesentwicklung vorgesehen habe; es seien zusätzliche Verkettungen entstanden. „Deshalb sollte der öffentliche Wohnungsbau an dieser Stelle die richtigen Signale geben.“ Mit dieser Festsetzung könnten die Beteiligten gut leben.

Hedwig Tarner (GRÜNE) stellte richtig, von einer Förderung ausschließlich an Haltepunkten des Schienenverkehrs sei nie die Rede gewesen. Denn es gebe Ausnahmen, etwa wenn ein vernünftiges Zubringersystem existiere. Mit dieser Bindung gelinge eine Stärkung des Schienenpersonenverkehrs, und die Gemeinden seien nun in der Lage, „ihre Nahverkehrsplanung mit der Siedlungsentwicklung zu verknüpfen und gegenseitig zu stärken“.

Wohnungsbauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) erklärte, die Kommunalen Spitzenverbände im Land hätten den Ansatz als vernünftiges Konzept begrüßt. Es gehe nicht darum, den ländlichen Raum auszubluten, sondern Menschen mit niedrigen Einkommen bezahlbaren Wohnraum zu verschaffen, ohne daß sie dabei auf ein Auto oder einen Zweitwagen angewiesen seien. Diese Politik finde große Zustimmung, wirke der Zersiedlung des Landes entgegen und fördere den öffentlichen Personennahverkehr.

Agrarstruktur...

(Fortsetzung von Seite 11)
umgehend zur Verfügung zu stellen. Das sei für alle Investoren in NRW notwendig. Die CDU fordere aber auch, daß NRW die Mittel des Bundes ausschöpfe. Es habe in den vergangenen Jahren sieben Millionen Mark in Bonn nicht abgerufen. Man dürfe auch nicht sagen, das Land NRW sei 1996 nicht in der Lage gewesen, die entsprechenden Mittel in NRW auszugeben. Schon heute gebe es bei Bewilligungsbehörden fertige Listen, in denen Maßnahmen enthalten seien, die nur einer Bewilligung bedürften.

Siegfried Martsch (GRÜNE) meinte, es gehe hier nicht um die Versäumnisse im Lande NRW, sondern es gehe hier um Versäumnisse der Bundesregierung. „Es geht aber darum, daß, weil Waigels Taschen leer sind, er, nachdem er die Kohle absaufen lassen will, nun auch noch die Landwirtschaft schamlos bestehlen will“, sagte der Abgeordnete. Worum es hier gehe, sei die Tatsache, daß dem Lande zwei-, dreistellige Millionenbeträge vorenthalten würden, die die Landwirtschaft in diesem Lande dringend benötige, die die mittelständischen Unternehmen der ländlichen Wirtschaft dringend benötigten. Wenn in diesem Jahr der Bund seiner Verpflichtung nicht nachkomme, die Gemeinschaftsaufgabe zum Tragen zu bringen, und die Gelder entweder gar nicht oder wenn sie erst im Sommer kämen, dann könnten sie auch bei einer qualifizierten Bewilligungsbehörde gar nicht mehr abgewickelt werden.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) betonte, es gehe momentan um eine äußerst kritische Situation, nämlich darum, daß die Bundesregierung ihre desolante Finanzsituation, in die sie sich hineinmanövriert habe, auf Kosten der Länder zu beseitigen versuche. „Das ist der Fakt.“ Und es gehe darum, daß ein Betrag von 2,2 Milliarden Mark auf Bundesebene in Gefahr sei, abgeschafft zu werden und den Ländern nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Anders als die anderen Länder habe NRW in der Vergangenheit die Bundesmittel immer gegenfinanziert. Zu dem CDU-Vorwurf, es seien bestimmte Mittel nicht abgeflossen, sagte die Ministerin, alle bewilligungsfähigen Anträge seien im letzter Jahr bewilligt worden, und zwar insbesondere im Bereich Agrarinvestitionen und Hochwasserschutz. Mittlerweile lägen wieder neue Anträge vor. Sie hätten einen Fördermittelbedarf von fast 100 Millionen Mark erreicht. 30 Millionen Mark davon entfielen auf bewilligungsfähige Anträge. Diese könne man nicht bewilligen, weil die Bundesebene ihre Mittel nicht freigebe.

Schule soll durch Qualitätssicherung zum „Haus des Lernens“ werden

CDU: Umgestaltung der Schulaufsicht nicht am Parlament vorbei vornehmen

Während die Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN für eine qualitative Weiterentwicklung der Schule zu einem „Haus des Lernens“ und für die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Schule eintreten – und dies im gemeinsamen Antrag (Drs. 12/1797) formulieren-, fürchtet die CDU-Opposition eine Aushebelung der Schulaufsicht, die zu einem „bloßen pädagogischen Dienst“ ohne Rechts- und Dienstaufsicht würde. Ein entsprechender Entschließungsantrag (Drs. 12/1835) der Union wurde zusammen mit dem Koalitionsantrag am 6. März vom Landtag an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwiesen. Dort soll dann die abschließende Beratung mit Abstimmung erfolgen.

Manfred Degen (SPD) unterstrich den engen Zusammenhang zwischen der Forderung nach mehr Gestaltungsfreiheit für die einzelne Schule und der Wahrnehmung der staatlichen Gesamtverantwortung für die Qualität schulischer Arbeit. Die SPD habe schon früh auf diesen unauflösbaren Zusammenhang verwiesen „und die staatliche Verantwortung für die Qualitätskontrolle, die Qualitätssicherung und die damit verbundene Vergleichbarkeit der Abschlüsse unterstrichen“. Bei den bisherigen Vergleichen im Schulbereich würden die Leistungen oder der Wissensstand der Schülerschaft festgestellt, „der Prozeß der Wissensvermittlung in der Schule, die Gestaltung des Unterrichts durch Lehrerinnen und Lehrer bleiben weitgehend – oft sogar völlig – unberücksichtigt“. Während in anderen Bereichen das Controlling inzwischen zum normalen Geschäft gehöre, gebe es im Schulbereich bisher kaum Erfahrungswerte mit Evaluationsverfahren zur Qualitätssicherung. Mit dem Antrag wolle man erreichen, daß die Landesregierung Verfahren zur Evaluation entwickelt und Schulen unterstützt werden, die solche Verfahren erproben. Der CDU-Antrag habe zum Antrag der Koalitionsfraktionen in Sachen Qualitätssicherung keinerlei Bezug, schloß er.

Brigitte Schumann (GRÜNE) betonte, SPD und GRÜNE seien für die Weiterentwicklung der Schule zu einem „Haus des Lernens“ und für einen Lern- und Lehrbegriff, „der sich von der traditionellen Lernschule verabschiedet und der darauf zielt, in den Lernzusammenhängen und -prozessen Identitätsfindung und soziale Erfahrungen gleichermaßen zu ermöglichen“. Werte und Orientierungen würden auf diese Weise nicht verordnet, sondern erfahrbar gemacht. „Wenn man dies will, muß man die Lernsituation anders gestalten.“ Aber dagegen zögen die CDU und ihr nahestehende Lehrerverbände mit Sprüchen zu Felde, bei denen ihr „speiübel“ werde. Gegen die innere Emigration von Schülern, gegen das schlechte Abschneiden deutscher Schüler in internationalen Vergleichen und gegen die Lehrerdominanz im Unterricht müsse man die alten Lern- und Lernpfade verlassen und einen Entwicklungsprozeß einleiten, den die Landesregierung unterstützen solle. Pendant zu dieser pädagogischen Qualitätsentwicklung sei die Qualitätssicherung. „Wir werden keine Schule der Beliebigkeit haben und zulassen“, sagte die Abgeordnete voraus.

Heinrich Meyers (CDU) warf der Schulministerin vor, sie verweigere sich nach wie vor der Forderung der CDU nach einer Grundsatzebene über die Qualität der schulischen Arbeit, nach wie vor agiere sie am Parlament vorbei. Er bezeichnete die der Schulaufsicht im Koalitionsantrag zugeordnete Rolle als skandalös, weil sie nur noch als bloße Fachaufsicht definiert werde. Dagegen mache seine Fraktion in ihrem Antrag deutlich, „daß jede organisatorische Umstrukturierung der Schulaufsicht nicht dem Ermessen der Verwaltung überlassen werden darf, sondern als ein wesentlicher Vorgang gilt, der dem Gesetzesvorbehalt unterliegt, also dem Parlament“. Es könne doch nicht im Sinne der Koalition sein, wenn sich demnächst ein Verfassungsgericht mit dem Verfahren beschäftigen müsse. In dieser Frage wisse sich die Union mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) einig.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) umriß die Wesensmerkmale einer guten

Schule so: effektive Schulleitung, teamfähiges Kollegium, das seine Unterrichts- und Erziehungsarbeit aufeinander abstimmt und gutes Schulklima. „Stärkung der einzelnen Schule heißt, daß man Schulen dazu befähigen muß, Entwicklungsprozesse steuern zu können, daß sie selbst überprüfen können, was sie erreicht haben, daß sie selbst begreifen, was sie tun müssen, um sich im Sinne einer lernenden Organisation weiterzuentwickeln.“ Der CDU-Antrag wirke konfus, er wende sich gegen etwas, das es nicht gebe. Die Sorge um die Schulaufsicht scheine das eigentliche Thema der CDU zu sein. Sie, Behler, würde sich freuen, wenn die Opposition ihren „bildungspolitischen Zettelkasten aktualisieren“ würde, denn die Zeit der dogmatischen Bildungskämpfe sei vorbei.

Brigitte Speth (SPD) wies den Vorwurf einer Bildungsdebatte am Parlament vorbei zurück und erneuerte das Angebot zum Dialog mit der CDU. Sie würde gern mehr von der CDU über deren Vorstellungen zur Qualitätssicherung von Schulen erfahren, betonte sie und fragte nach dem inhaltlichen Zusammenhang des CDU-Antrags mit dem von SPD und GRÜNEN. Die Frage der Qualitätssicherung sei völlig unabhängig von der Organisation der Schulaufsicht; wieder einmal verwechsle die Union die Schuldenkschrift mit einer politischen Entscheidung. Sie ließ keinen Zweifel daran, daß die Diskussion über Schulautonomie nur innerhalb staatlicher Rahmenvorgaben stattfinden könne. Schulautonomie sei nicht nur in der teilautonomen Schule möglich; sie hätte es lieber gesehen, wenn auch im „zentralverordneten System“ mehr über Qualitätssicherung gesprochen würde. Diese Debatte sei mehr als nur das Ernstnehmen von Faktoren wie Noten für eine Klassenarbeit.



Eine Delegation aus Kasachstan unter der Leitung des stellvertretenden Ministers für Jugend, Tourismus und Sport der Republik Kasachstan, Serik Sejdumanov, hat die Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Annegret Krauskopf (SPD, Mitte), in Vertretung des Landtagspräsidenten empfangen. Die Gruppe aus der GUS-Republik hielt sich im Rahmen des Besucheraustausches und Besucherdienstes der Bundesrepublik in Deutschland auf. Im Mittelpunkt des Informationsgesprächs standen Aufgaben der freien und öffentlichen Träger der Jugend- sowie Jugendsozialarbeit hierzulande.

Zitat der Woche

„Es gibt Leute, denen kann man lebende Engelchen mitbringen, und sie glauben es nicht“, antwortete Finanzminister Heinz Schleußner (SPD), als ihm CDU-Sprecher

Helmut Diegel im Haushaltsausschuß wiederholt die geringe Wahrscheinlichkeit der im Landesentwicklungsbericht vorhergesagten jährlichen Neuverschuldung in Höhe von einer Milliarde Mark vorhielt.

Wunsch der CDU nach einer Vereinbarung zur Drogenprävention nicht erfüllt

Unter Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) sind Ende Februar im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (AGS) Schlußberatung und Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU „Die Drogenprävention in NRW verbessern – Präventionsvereinbarung erarbeiten“ (Drs. 12/1233) erfolgt. Das geschah in Anwesenheit von etwa 30 Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Abteilung Soest, die aus der öffentlichen Sitzung Eindrücke über die parlamentarische Arbeit eines Fachausschusses mitnehmen konnten.

Zu dem Antrag zur Drogenprävention war im Dezember 1996 eine Expertenrunde („Landtag intern“ berichtete darüber in der Ausgabe 1 vom 21. Januar 1997 auf Seite 18) durchgeführt worden; die mitberatenden Ausschüsse hatten dem federführenden AGS ihre (ablehnenden) Voten mitgeteilt. Der Antrag der CDU wurde mit den Stimmen von SPD und den GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt. Hermann-Josef Arentz (CDU) hob auf die zentrale Bedeutung der Drogenprävention ab. Der geforderte Abschluß einer Präventionsvereinbarung würde zu einer besseren Koordination und einer Stärkung der Drogenprävention führen. Daniel Kreutz (GRÜNE) vertrat die Auffassung, daß die Infrastruktur der Suchtprävention in NRW keiner Konstruktion etwa in Gestalt einer Präventionsvereinbarung bedürfe. Man habe es mit einem System zu tun, das lediglich im laufenden Geschäft weiterentwickelt werden müsse. Nach Meinung von Horst Vöge (SPD)

„Schon jetzt stimmen die Strukturen und Instrumente“

„stimmen“ die vorhandenen Instrumente und Strukturen. Dies habe für ihn auch die Expertenrunde deutlich gemacht. Er wolle auch daran erinnern, daß die Koalitionsfraktionen in den Haushaltsberatungen dafür gesorgt haben, daß für 1997 noch einmal drei Millionen Mark bereitgestellt worden seien.

Die Meinung von SPD und den GRÜNEN konnte Ursula Monheim (CDU) nicht teilen. Zwar sei von den Experten betont worden, daß es bereits eine Reihe durchdachter Konzepte gebe; es sei aber für sie auch deutlich geworden, daß es an der Umsetzung „hapere“. Auch sei durch die nachträgliche Aufstockung der Mittel während der Haushaltsberatungen lediglich der „alte Zustand“ wiederhergestellt worden. Sie appellierte, den Antrag nicht abzulehnen.

Wolfram Kuschke (SPD) meinte, die Drogen-Prävention sei auch ohne eine solche Vereinbarung auf einem „guten Weg“. Im übrigen bitte er zur Kenntnis zu nehmen, daß die Position „Drogenprävention“ im Haushaltsentwurf nicht zuvor gekürzt worden sei. Im Zusammenhang mit der „Designdroge“ Ecstasy werde man seiner Meinung nach mit der klassischen Informations- und Aufklärungsarbeit nicht weiterkommen.

Marianne Hürten (GRÜNE) sagte, der „er-

hobene Zeigefinger“ sei keine Grundlage für eine funktionierende Präventionsarbeit. Auch sei das CDU-Verständnis deutlich geworden, Prävention müsse das Ziel haben, daß überhaupt keine Drogen konsumiert würden. Der inhaltliche Dissens zwischen den Koalitionsfraktionen und der Opposition liege in der Frage, ob zur Prävention auch Aufklärung über Drogen und einen verantwortlichen Umgang gehöre.

Rudolf Henke (CDU) unterstrich diesen Dissens und hielt es für erforderlich, Jugendliche davon zu überzeugen, das Leben sei auch ohne Rausch abenteuerhaft, lebenswert und interessant. Die Koalitionsfraktionen sollten ihre Haltung den Eltern im Lande zu erklären versuchen, die gerade wieder die neuesten Zahlen über Drogentote zur Kenntnis nehmen müßten. Persönlich könne er sich zwar auch die Entwicklung einer Vereinbarung wegen des noch bestehenden Bedarfs an Nachsorge vorstellen — besonders notwendig sei aber die geforderte Präventionsvereinbarung.

Sein Fraktionskollege Hermann-Josef Arentz betonte, der Antrag enthalte eine klare Aussage für ein Leben ohne Sucht, also für ein selbstbestimmtes und nicht ein durch Stoffe fremdbestimmtes Leben. Daß eine Vereinbarung, die den Stellenwert der Prävention zumindest auf den der Arbeit mit Methadon in NRW anhebe, dringend notwendig sei, davon sei man fest überzeugt. Wilhelm Krömer (CDU) sagte, man könne dazu beitragen, mit allen Kräften im haupt- und ehrenamtlichen Bereich ein Fundament zu schaffen, auf dem erfolgreich gearbeitet werden könne. Die Chance sollte daher genutzt werden.

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Axel Horstmann (SPD) wies darauf hin, daß sich die Landesregierung bereits 1994 — auch ohne Präventionsvereinbarung — mit den relevanten Institutionen zusammensetzte. Seit 1994 gebe es nämlich die Landesarbeitsgemeinschaft „Suchtvorbeugung“. Daneben habe NRW bereits 1980 als erstes Bundesland damit begonnen, Personal für eine qualifizierte Suchtvorbeugung zu finanzieren. Es geschehe also eine Menge auf dem Feld der Prävention. Wolfram Kuschke (SPD) sagte, man solle damit aufhören, sich gegenseitig nicht unterstellen, nicht um Prävention und Prophylaxe bemüht zu sein. Es liege auf der Hand, daß die Politik alle Anstrengungen unternehmen müsse, dafür zu sorgen, daß es gar nicht erst zu Sucht und Abhängigkeit komme. Dabei müsse aber konstatiert werden, daß es unterschiedliche Wege gebe.

Einigkeit bestand darin, dieses Thema auch mit Ablehnung des Antrags nicht zu „beerdigen“, sondern sich weiter damit zu beschäftigen und vertieft und differenziert zu diskutieren. Frank Schlichting

Versorgungskassen

Ohne Debatte hat der Landtag in zweiter Lesung das Erste Änderungsgesetz über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen einstimmig verabschiedet (12/1261 und 1573).

Schulische Suchtvorbeugung wird weiter gefördert

Den Stand von Maßnahmen zur Suchtvorbeugung an Schulen des Märkischen Kreises hat der CDU-Abgeordnete Hubert Schulte in den Mittelpunkt seiner Kleinen Anfrage an die Landesregierung gerückt, die jetzt von Schulministerin Gabriele Behler (SPD) beantwortet worden ist (Drs. 12/1803). Schulte hatte in seiner Anfrage wissen wollen, weshalb das zuständige Schulamt angekündigte Lehrerfortbildungsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt „Arbeitskreis zur Suchtvorbeugung in der Schule“ im vergangenen Jahr unter Hinweis auf die damalige Haushaltssperre abgesetzt, auf 1997 verschoben und dann endgültig gestrichen habe.

Die Ministerin erklärt in ihrer Antwort, im Märkischen Kreis bestünden sieben Arbeitskreise „Suchtvorbeugung in der Schule“; in ihnen seien 180 ausgebildete Suchtprophylaxelehrerinnen und -lehrer tätig. Das Schulamt für den Märkischen Kreis und die Arnsberger Bezirksregierung führten im ersten Halbjahr 1997 für die Weiterqualifizierung dieses Personenkreises Fortbildungsveranstaltungen zu the-

matischen Schwerpunkten durch. Darüber hinaus nehme eine Arbeitskreisleiterin an einer Qualifizierungsmaßnahme des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung teil; drei weitere Arbeitskreisleiterinnen und -leiter nähmen zur Zeit an der jährlich durch das Landesinstitut angebotenen Fortbildung für bereits tätige Arbeitskreisleiterinnen und -leiter teil.

Ministerin Behler schließt daraus, daß in diesem personell gut ausgestatteten Kreis nach Meinung der Ämter vor Ort kein neuer Arbeitskreis gegründet werden sollte, sondern das vorhandene Personal weiterzuqualifizieren sei. Mit einem Blick in die Nachbarschaft teilt die Ministerin mit, daß im Schulamt für den Kreis Unna derzeit mit Mitteln der Lehrerfortbildung und unter finanzieller Beteiligung des Diakonischen Werks ein Arbeitskreis für Suchtprophylaxe neu eingerichtet werde. Weitere Arbeitskreise zur Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern für die Suchtvorbeugung seien oder würden in den Schulämtern Bochum, Herne, Kreis Siegen-Wittgenstein und Kreis Soest eingerichtet.



Ratschlag der Nachbarn gesucht: im linken Bild Blick auf die SPD-Fraktion im Hauptausschuß mit v.l. Reinhard Grätz, Referent Dr. Horst Berghoff, Marc-Jan Eumann, Manfred Degen, Karin Jung und der Parlamentarischen Geschäftsführerin Birgit Fischer — Im rechten Bild Ausschußvorsitzender Klaus Matthiesen (SPD).

Fotos: Schälte

Experten aus den Niederlanden sollen Hauptausschuß über Arbeit und Wirtschaft im Nachbarland informieren

Der Hauptausschuß des Landtags will sich am 12. Juni 1997 von holländischen Experten über die wirtschaftliche Situation und damit auch über die Situation des Arbeitsmarktes mit seinen sozialen Aspekten in den Niederlanden in öffentlicher Sitzung informieren lassen. Darauf hat sich der Ausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) in seiner 23. Sitzung am 13. März verständigt.

Der Beschluß fußt auf einem Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel „Umsetzung der Erkenntnisse des Ministerpräsidenten aus der Niederlandreise vom 6. und 7. Februar 1997 für eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und Wirtschaftslage in NRW“ (Drs. 12/1798). Der Antrag war durch Beschluß des Landtages vom 5. März an den Hauptausschuß federführend sowie an den Wirtschaftsausschuß überwiesen worden. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll nun öffentlich im federführenden Hauptausschuß erfolgen. Vorsitzender Matthiesen machte deutlich, es könne bei der Debatte im Ausschuß nicht darum gehen, in erster Linie über die Reise des Ministerpräsidenten zu reden, sondern über das, was sich in den Niederlanden tue. Deshalb sei dem Hauptausschuß die Überlegung anzuempfehlen, weil

man jetzt keine Reise in die Niederlande machen könne, Informationen über das, was in den Niederlanden geschehen sei, in den Hauptausschuß hineinzuverlagern, „indem wir Experten aus den Niederlanden zu bestimmten Themen zu uns bitten“. Für die CDU erklärte deren stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi: „Ich würde das sehr begrüßen.“ Sie schlug vor, den mitberatenden Ausschuß zu den Beratungen einzuladen. Klaus Matthiesen erklärte abschließend: „Ich denke, daß der niederländische Generalkonsul uns sehr hilfreich sein könnte bei der Vorbereitung.“ Er war ferner der Ansicht, daß auch die Staatskanzlei dem Ausschuß hilfreich zur Seite stehen werde.

Der Hauptausschuß steckte in einem weiteren Tagesordnungspunkt das Beratungsfeld beim Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen ab, der durch Beschluß des Landtags vom 6. März an den Ausschuß für Umwelt und Raumordnung sowie an Fachausschüsse überwiesen worden war. Der Vorsitzende führte die Kapitel an, bei denen eine Zuständigkeit des Hauptausschusses gegeben sei: Medienland Nordrhein-Westfalen, Neue Perspektiven für die Region Bonn, Weiterbildung und politische Bildung, Nordrhein-Westfalen in Deutschland, in Europa, in der internatio-

nen Gesellschaft sowie Stiftungen in Nordrhein-Westfalen. Der Chef der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, ergänzte, ein zentrales Kapitel des Landesentwicklungsberichtes sei die langfristige Perspektive der Bevölkerungsentwicklung. Sie sollte auch ein Thema im Hauptausschuß sein. Der Vorsitzende nahm „den Hinweis dankbar auf“.

SPD-Sprecher Reinhard Grätz sprach sich dafür aus, aus dem Kapitel Politische Bildung einen gesonderten Tagesordnungspunkt zu machen, bevor die „viel beredete Evaluation“ nach den Sommerferien im federführenden Ausschuß, dem Ausschuß für Schule und Weiterbildung, vorgelegt werde. Ruth Hieronymi schloß sich dieser Auffassung an. Auch die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Gisela Nacken, stimmte dem Kollegen und der Kollegin aus den anderen Fraktionen zu.

Am Ende seiner Sitzung gab der Hauptausschuß einstimmig grünes Licht für den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Vertrag zwischen dem Lande Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, dem Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden von Westfalen und der Synagogen-Gemeinde Köln (Drs. 12/1799).

Zuwanderung stellt jüdische Gemeinden vor große Aufgaben

Der Landtag hat in zweiter Lesung einstimmig dem Gesetz zum Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, dem Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden von Westfalen und der Synagogen-Gemeinde Köln entsprechend der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses zugestimmt. In erster Lesung war der Gesetzentwurf der Landesregierung von Ministerpräsi-

dent Johannes Rau (SPD) eingebracht worden. Der Regierungschef erinnerte daran, am 1. Dezember 1992 habe man den Vertrag zwischen dem Land NRW und den jüdischen Kultusgemeinden unterzeichnet. Mit diesem Vertrag habe man deutlich gemacht, „daß wir eine besondere geschichtliche Verantwortung des deutschen Volkes für das jüdische Leben in der Bundesrepublik Deutschland und in unserem Land tragen“. Als Ausdruck dessen sehe der Vertrag vor, das jüdische Leben in NRW in seiner ganzen Breite zu fördern. Im Haushaltsjahr 1997 wären nach dem Vertrag vom Land voraussichtlich etwas mehr als 3,5 Millionen Mark zu zahlen gewesen. Die vertraglich vorgesehenen Lan-

desleistungen seien aber bei weitem nicht mehr ausreichend. Seit einigen Jahren hätten viele Juden ihre alte Heimat in der ehemaligen Sowjetunion verlassen. Viele von ihnen seien nach NRW gekommen. Die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden habe sich nahezu verdoppelt. Die unerwartet große Zuwanderung stelle die Gemeinden vor große Aufgaben. Die persönlichen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten reichten nicht aus. Man habe deshalb schon im Vorgriff auf die Änderung im Haushaltsplan 1997 den Ansatz für die Leistungen erhöht. Der am 18. Februar unterzeichnete Änderungsvertrag regule die notwendig gewordene Anpassung.

Keine Willkür beim Bauen im Außenbereich

Windkraft in NRW „geordnet“ erschließen

Den Wirtschaftsausschuß informierte Staatssekretär Joachim Westermann (Wirtschaftsministerium) am 26. Februar auf Ersuchen der CDU über den gemeinsamen Runderlaß von vier Ministerien (Bau, Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaft) zur Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen.

Zunächst habe ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1994, wonach die Privilegierung von Windrädern bei der Genehmigung von „Bauen im Außenbereich“ durch Gemeinden nicht zulässig sei, sowohl Produzenten als auch potentielle Betreiber und die Gemeinden verunsichert. Die Folge sei ein deutlicher Rückgang der Neuerrichtung von Windkraftanlagen von noch rund 150 Anlagen 1995 auf lediglich 80 Anlagen 1996.

Durch Initiative von NRW im Bundesrat seien dann 1996 Windkraftvorhaben im Baugesetzbuch privilegiert worden. Um unregelmäßigen Entwicklungen in Außenbereichen der Gemeinden entgegenzuwirken, sei außerdem ergänzt worden: Behörden könnten die Genehmigung bis längstens zum 31.12.1998 aussetzen, wenn die Gemeinde beschlossen hat, einen Flächennutzungsplan aufzustellen, zu ändern, zu er-



gänzen oder zu prüfen. Gleiches gelte für die Bezirksplanungsbehörde. Inzwischen beschwerten sich Hersteller und potentielle Betreiber, berichtete Westermann, daß Gemeinden und die Bezirkspla-

nungsbehörde Münster diese Übergangsregelungen zur Verzögerung und sogar zur Verhinderung neuer Anlagen benutzten. Er teilte mit, in NRW gebe es derzeit 500 Windkraftanlagen mit einer Leistungskapazität von rund 160 Megawatt. Damit liege NRW an dritter Stelle hinter den Küstenländern. Laurenz Meyer räumte als Sprecher der CDU-Fraktion ein, sowohl hinsichtlich Genehmigungspraxis als auch beim Mindestabstand gebe es zur Zeit in der CDU noch unterschiedliche Positionen. Er erkundigte sich nach der rechtlichen Lage bezüglich der Entsorgung alter Anlagen und berichtete von erheblichen Einkommensveränderungen von Landwirten, die die Windkraft aufgrund der öffentlichen Förderung als Kapitalanlage nutzten.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) wünschte sich ähnliche Sensibilität der CDU beim Thema Straßenbau, hielt die Lärmbelästigung durch Windräder sogar bei 100 Metern Abstand für gering und den Erlaß des Regierungspräsidenten von Münster für schädlich. Künftig müßten sowohl einzelne Windräder als auch Windparks möglich sein. Bodo Hombach (SPD) bat außer um einen schriftlichen Bericht auch um den Windkraft-Erlaß von Schleswig-Holstein. Staatssekretär Westermann ergänzte: „Wir wollen Windkraft, aber wir wollen sie geordnet.“ Christian Weisbrich (CDU) regte an, die Genehmigung zum Bau von neuen Anlagen mit einer Regelung für die spätere Entsorgung nach einer eventuellen Stilllegung zu verbinden. *Jessica Schwarzer*

Mernizka berichtet vom Ausschluß der Regionen

Dem Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik berichtete Loke Mernizka (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mitglied des EU-Ausschusses der Regionen (AdR), bei der 17. Plenartagung des AdR am 12. und 13. März in Brüssel seien zehn Stellungnahmen und der Haushaltsentwurf des AdR verabschiedet, und es sei über den „Regionengipfel“ am 14./15. Mai in Amsterdam diskutiert worden (EU-Vorlage 12/183).

Stellungnahmen habe der AdR abgegeben zum Grünbuch „Allgemeine und berufliche Bildung – Hindernisse für die grenzüberschreitende Mobilität“, zum Thema „Naturparks – Beispiele für eine nachhaltige Entwicklung der besonders exponierten Landschaften in der EU“ (Entwurf). Ebenfalls ein Entwurf sei die Stellungnahme zu „Neue Dienstleistungen und neue Betätigungsfelder im ländlichen Raum“.

Weitere Stellungnahmen habe der AdR abgegeben zu „Jugendlandwirte und das Problem der Übertragung von Betrieben in der europäischen Landwirtschaft“, zum Grünbuch „Jugendschutz und Schutz der Menschenwürde in den audiovisuellen Medien und den Informationsdiensten“ der EU-Kommission und zur Mitteilung der EU-K „Illegale und schädigende Inhalte im Internet“.

Acht Änderungen habe die Stellungnahme „Künftige Lärmschutzpolitik“ erhalten. Dagegen seien „Notwendige Sofortmaßnahmen zur Abwehr von Kormoranschäden in den europäischen Regionen“ ohne Änderungen beschlossen worden, ebenso die „Um-

Düsseldorfer Börse Gesprächskreis zur Gesetzgebung

Dem Haushalts- und Finanzausschuß berichtete Staatssekretär Ernst Gerlach (Finanzministerium) in der von Leo Dautzenberg (CDU) geleiteten Sitzung am 13. März, die Bemühungen um die Kooperation der Frankfurter mit der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf (RWB) hätten bisher kaum Erfolg gebracht. NRW erwäge eine Initiative im Bundesrat, um beim Entwurf zum 3. Finanzmarkt-Förderungsgesetz (FMFG), der als Diskussionsgrundlage noch vor Ostern vorgelegt werden solle, einen besseren Anlegerschutz, die Belebung des Wertpapierhandels und eine Erleichterung des Börsenzugangs zu erreichen.

Seit dem Expertengespräch zwischen der RWB und dem HFA am 24. Oktober 1996 (Landtag intern Nr. 19/1996) habe sich nichts bewegt, erläuterte der Staatssekretär. Das Kernstück der Kooperation, das sogenannte Dach-Skontros zur einheitlichen Kursfestsetzung der gerechneten Kurse, habe als Pilotprojekt am 3. Februar

starten sollen, sei aber wegen vielen Zweifeln in rechtlicher Hinsicht und wegen unzumutbarer Kostenbelastungen, z. B. von den Düsseldorfer Maklern abgelehnt worden. Eine Vollversion solle zum 1. Juli 1997 einsatzbereit sein. Abweichend vom Kooperationsvertrag bestehen die Frankfurter Händler darauf, daß die Dachskontros dort geführt werden, wo der größte Umsatz in dem Wertpapier stattfindet.

Am 10. März habe die Deutsche Börse AG (DB) einen „Neuen Markt“ für innovative, junge Unternehmen gestartet, mit nur zwei Teilnehmern, jedoch einem Teilnehmungsangebot an Düsseldorf, Berlin und München für Mitträgerschaft, Betreuung und Akquisition in der Region, nicht jedoch für den Handel. Das elektronische Handelssystem der DB solle ab 1998 das bisherige IBIS ablösen.

Der Staatssekretär faßte zusammen, Börse sei zwar in erster Linie eine Veranstaltung des Markts. Die Landesregierung halte aber neue Überlegungen zum Erhalt der RWB und zur weiteren Teilnahme der Kurs- und Freimakler am Wertpapierhandel für nötig. Ein Börsengesprächskreis im Finanzministerium sei gegründet worden, der über die Möglichkeiten der Erhaltung und Entwicklung des Börsen- und Finanzplatzes Düsseldorf innerhalb des Kooperationsvertrages und über mögliche Gesetzgebungsinitiativen beraten solle.

weltcharta der europäischen Regionen“. Zum Regionengipfel in Amsterdam habe der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber zusammen mit dem Bürgermeister von Porto eine 30seitige Deklaration vorgelegt, in der Grundsätze zur Rolle der Regionen und

Städte in Europa, zum Handlungskonzept, zur Osterweiterung der EU, zu Wettbewerb und Beschäftigung sowie zur Agrarpolitik dargestellt worden seien. „Neue Stärke durch Wandel“ werde als Motto für den Gipfel vorgeschlagen.

Am Niederrhein-Stand begrüßte der frühere CDU-Landtagsabgeordnete Gerhard Jacobs die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses in seiner jetzigen Funktion als hauptberuflicher Landrat des Landkreises Kleve. Dann fand hier ein Fachgespräch mit drei Touristik-Experten aus dem NRW-Partnerland North Carolina/USA (NC) statt. Von der Vorsitzenden Hannelore Brüning (CDU) moderiert, tauschten die Ausschußmitglieder Erfahrungen über Strategien und Inhalte der Fremdenverkehrswerbung mit den Vertretern des 7-Millionen-Einwohner-Bundesstaates der USA aus, der ähnliche Strukturprobleme aufweist wie NRW. „Entdecken Sie die schönsten Berge der USA“, wirbt die Agentur von David Huskins für den Westen von North Carolina. Und weiter geht es um „die ältesten Berge der Welt, den beliebtesten Nationalpark Amerikas, den US-Highway mit den schönsten Aussichten“, ja, „um den schönsten Ort der Welt“. Huskins stellte sich als Lobbyisten vor, der seine Aufgabe allerdings zum ersten Mal vor ausländischen Parlamentariern wahrnahm. North Carolina, einer der kleineren US-Bundesstaaten, im Süden von Washington an der Ostküste der Vereinigten Staaten gelegen, bietet auch einen Besuch in seinem Indianer-Reservat, in dem noch „echte“ Cherokee leben.

Als es dann um die Gegenfrage ging: Was kann NRW tun, um Amerikaner in unser Land zu locken, antwortete Huskins: „Wir wissen nichts über NRW.“ Bald kam das mit zwei Wochen viel kürzere Urlaubs-Jahresbudget der Amerikaner zur Sprache, das keinen längeren Aufenthalt in Deutschland, erst recht nicht „nur“ in dessen größtem Bundesland zuzulassen scheint. Von Huskins und den weiteren US-Experten Keith Mangum und Paul Combs wurde bemängelt, daß es in unseren Landen nicht eine einzige Marketinginstanz, eine „unique selling agency“, sondern deren viele gebe. Es wurde erwogen, amerikanische Manager als Zielgruppe für die Verlängerung ihrer Geschäftsreise in NRW zu werben. Die Reisebüro-Fachfrau Ilka Keller (CDU) schlug ein Kurzprogramm als fertiges Paket vor. Auf die Frage, was denn US-Besucher von deutschen Zielorten erwarteten, wurde ziemlich prompt geantwortet: „eine direkte Flugverbindung“. Die Abgeordnete Alexandra Landsberg von der GRÜNE-Fraktion reagierte sofort und teilte mit, NRW habe eine interkontinentale Landebahn, nämlich in Köln/Bonn. Helga Gießelmann (SPD) aus Bielefeld hatte die Expo 2000 im Auge, als sie nach Chancen fragte, die Niedersachsen-Nähe ihrer Heimat zu touristischer Werbung zu nutzen, etwa für die westfälischen Kurorte, „den Heilgarten Deutschlands“.

„Visit a mine“ („Besuchen Sie ein Bergwerk“), ferner „heretage tourism“ wurden als erfolgversprechende Konzepte genannt. „Die Amerikaner sind stammbaum-begeistert“, übersetzte die Dolmetscherin. Und irgendwelche deutschen Vorfahren habe fast jeder Amerikaner. Das sei vielleicht ein kleiner Nischenmarkt. In NC gebe es übrigens 200 deutsche Tochterfirmen. Schließlich zählten die Amerikaner Freizeitaktivitäten wie Wildwasserfahrten, Felsklettern und Golf sowie Abenteuer- und Naturgenußreisen auf. Sie erwarten, daß die Reisebranche die Nummer Eins in NC's Wirtschaft wird. In der USA-Halle sahen die Düsseldorfer ein ganz anderes Konzept. Alle US-Bundesstaaten waren mit einem Stand vertreten,

Wirtschaftsausschuß besuchte Tourismus-Messe

Erlebnis- und Themenreisen sind „in“

Der Wirtschaftsausschuß informierte sich am 9. und 10. März während der Internationalen Tourismus-Börse ITB in Berlin unter Leitung von Hannelore Brüning (CDU) über die Sorgen und Probleme der NRW-Fremdenverkehrsregionen. Zum NRW-Abend war auch Landtagspräsident Ulrich Schmidt in Berlin, allerdings mit der Hiobsbotschaft von der Kohlekrise samt Sondersitzung des Landtags. Minister Wolfgang Clement und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bodo Hombach hatten ihre geplanten Gespräche und den Messerudgang wegen der Kohlekrise kurzfristig abgesagt. Staatssekretär Jörg Bickenbach vertrat sowohl das Wirtschaftsministerium, das einen eigenen Stand in der NRW-Halle hatte, als auch die Landesregierung, als er den NRW-Abend eröffnete.

auch einzelne Städte und Regionen. Aber die Hauptsache, der Geschäftsabschluß, spielte sich hier hinter den Kulissen ab. Aktionen und kulinarische Lockmittel für das Massenpublikum, wie in den Hallen der deutschen Länder, gab es dort nicht. Schließlich ist die ITB ja auch in erster Linie eine Fachmesse.

Zum NRW-Abend traf sich in der strategisch günstig gelegenen Halle viel Prominenz aus der Heimat. Vor dem Stand des Kommunalverbands Ruhrgebiet spielten und sangen die „Höhner“ aus Kölle und original Musicalstars aus „Grease“, „Gaudi“ und „Gambler“. Wem die Dröhnung zu laut war, dem boten die Aktionskünstler des Deutschen Jugendherbergswerks aus Detmold ruhigere Späße. An 18 Ständen bewirteten auch freundliche Kommunalbeamte die Gäste. Sponsoren boten die Westfälische Küche an. Zwar hatte sich manches zu einem Stand gebündelt, etwa die „feindlichen Schwestern“ Bonn, Köln und Düsseldorf, oder die bergischen Großstädte Wuppertal, Remscheid und Solingen. Aber für VIP-Manager war das alles immer noch zu viel. NRW hat es trotz oder wegen seiner Vielfalt schwer, im ohnehin schrumpfenden Markt von „Reisen in Deutschland“ nach vorn zu kommen. Auch 1996 waren wieder Bayern, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vorn.

Ein längeres Gespräch führten die Abgeordneten am Münsterland-Stand. Dabei ging es auch um Strukturfragen, wie bereits Anfang Januar im Wirtschaftsausschuß. Mi-

nister Clement hatte einen Dachverband NRW zur professionellen Tourismusförderung angekündigt. Der Fremdenverkehrsverband Münsterland reagierte mit einem Positionspapier, wonach auch künftig die Aufgaben auf drei Ebenen verteilt bleiben sollen. Tourismus-Marketing sei keine Aufgabe oberhalb der Regionalebene, wird betont und eindeutig gegen zentrales NRW- oder Rheinland- oder Westfalen-Marketing Stellung genommen. Ein weiteres geplantes Fachgespräch beim Kommunalverband Ruhrgebiet kam aus organisatorischen Gründen nicht zustande.

Natürlich schwärmten die Abgeordneten auch in die weiteren 25 Hallen des Messengeländes am Berliner Funkturm aus. Sie fanden eine erdrückende Fülle von Menschen und Prospekten auf der ITB, eben sozusagen die ganze Welt. Trotz des Eintrittspreises von 20 Mark strömten Scharen durch die Hallen und ließen sich von Gedrucktem in Urlaubsträume versetzen. Das Printmedium in Gestalt von Faltblättern und Hochglanz-Broschüren war präsent wie selten, und die Konkurrenz eben auch. Europäische Nachbarn betonten jetzt ebenfalls ihre regionale Vielfalt. Von ihren Landesteilen, Inseln und häufig sogar einzelnen Hotels wurden Prospekte verteilt.

In Düsseldorf wird der Ausschuß weiter darüber beraten, was zu tun ist, damit die Botschaft des Wirtschaftsministers „NRW ist spannend, aufregend, einfach anders“ nicht nur bei ITB-Besuchern, sondern auch im internationalen Reisemarkt ankommt.



Am Münsterland-Stand stellten sich die Besucher der Tourismus-Messe aus dem Wirtschaftsausschuß dem Fotografen, v. l. Wilfried Bergerhoff, Irmgard Schmid, Hans Vorpeil (alle SPD), Ilka Keller, CDU-Sprecherin, Helga Gießelmann (SPD), Christian Weisbrich (CDU), Dr. Ulrike Brauksiepe (Referentin der CDU-Fraktion), Thomas Mahlberg (CDU), Thomas Steiner (Fremdenverkehrsverband Münsterland), Hannelore Brüning (CDU, Ausschußvorsitzende), Alexandra Landsberg (GRÜNE), Hubert Schulte (CDU), Heidi Berger (SPD), Georg Schröder (Ausschußassistent).

Kommunalausschuß besuchte Bad Driburg

Familien-Unternehmen will Standort erhalten

Nach Ostwestfalen reiste der Ausschuß für Kommunalpolitik am 12. März, um sich in Bad Driburg über die Situation der Kurorte allgemein und eines „Gräflichen Privat-Heilbads“ im besonderen zu informieren. Wie bereits berichtet (Landtag intern 21/1996 und 1/1997), wächst die Sorge um Stellen- und Bettenabbau wegen rückläufiger Kuranmeldungen.

Im Kurhaus-Hotel stellte Bürgermeister Heinz Happe den Landtagsabgeordneten zunächst Bad Driburg in Zahlen vor: Eine Million Übernachtungen im Jahr 1996, 3 000 Kur- und 5 000 sonstige Gäste bei 20 000 Einwohnern. Und erwähnte auch gleich ein Sorgenkind, nämlich das öffentliche Thermalbad, dessen Bau mehr kostete, als er sollte, und dessen Betrieb ständig Löcher in die kommunale Kasse reißt.

Stadtdirektor Klaus Ehling erläuterte die Monstruktur des Heilbadeortes (acht Kurkliniken, drei Sanatorien, größter deutscher Glas-handelsstandort mit allerdings sinkendem Umsatz) und ein Handlungskonzept, das unter anderem auf die bessere (gemeinsame) Vermarktung der Kur- und Urlaubsangebote, zehn Hektar neuer Gewerbefläche und eine Ortsumgehung zur Verkehrsberuhigung abzielt. Er kündigte die Gründung einer Touristik GmbH an und hielt Förderhilfen aus Landesmitteln für nötig. Über die großzügige Spende des Ministerpräsidenten für den Landesteil Lippe anlässlich dessen 50-jähriger Zugehörigkeit in Höhe von 25 Millionen Mark und deren Verteilung auf die zwei Staatsbäder seien die örtlichen Politiker verwundert, sagte Ehling, denn das seien Mittel aus der gesamten Gemeindefinanzierung: Aus dem Handlungsrahmen Kurorte dürfe kein Handlungsrahmen Staatsbäder werden. Privates Unternehmertum solle nicht bestraft werden.

Marcus Graf von Oeynhausen-Sierstorf stellte die drei Säulen seiner „Unternehmensgruppe“ als größten Arbeitgeber in Bad Driburg und an weiteren Standorten vor: die Brunnenbetriebe, Kuren sowie Sport/Fitness/Wellness und die Kliniken. Er will mit dem

Status „Privat-Bad“ aggressiver werben, touristische Produkte wie ein Thermal-Wochenende anbieten und seinen Brunnenbetrieb umsiedeln. Graf Oeynhausen erwähnte private Vorleistungen für die Werbung, das Vorhalten aller Einrichtungen und Leistungen, erhebliche Investition mit familiärem Engagement so wie „Trittbrettfahrer“, die sich dranhängen. Im Heilbad-Bereich seien 4,3 Millionen Mark Ausgaben nicht mehr gedeckt. Unternehmensberater rieten zur Schließung des gesamten Standorts. Er sei jedoch zur Erhaltung und zu weiteren Investitionen bereit.

Der zuständige Sachbearbeiter des Sozialministeriums faßte als Stand der Gesetzgebung zusammen: Den Versicherten werde der Zugang zu Kuren durch die Zuzahlung von 25 Mark pro Tag, Verkürzung von vier auf drei Wochen, Anrechnung von zwei Urlaubstagen und Bewilligung nur noch alle vier Jahre erheblich erschwert. Täglich gingen Meldungen über Kurzarbeit in Kurbetrieben und Anträge auf Massenentlassungen ein. Die Schließung von 40 bis 50 Kliniken in NRW mit vielen tausend Arbeitsplätzen stehe an.

Anschließend bezifferten Klinikchefs und -verwaltungsleiter die rückläufige Belegung ihrer Häuser mit einem Verlust von einem Drittel bis zur Hälfte. Chefarzt Dr. Möstl (Kurverwaltung) äußerte grundsätzliche Besorgnis über die psychologische Wirkung einer kaufmännischen Sicht von Medizin und um eine Stimmung von Angst bei der Gesundheitsvorsorge. Anschlußheilbehandlung habe nichts mit Luxus zu tun. Deutschland werde hierbei um sein hohes Niveau mit ausgefeilten und durchdachten Programmen in diesem Bereich beneidet.

In der Aussprache brachten die Abgeordneten Ina Meise-Laukamp (SPD), Albert Leifert (CDU), Heinz Wirtz (SPD), Ewald Groth (GRÜNE), Antonius Rösenberg (CDU) und Walter Grevener (SPD) weitere Einzelheiten teils als Fragen, teils als sachkundige Ergänzungen zur Sprache: Ob Bad Driburg an einer Image-Kampagne des Heilbäder-Verbands beteiligt sei; ob es Chancen durch Spezialisierung gebe; gemeinsames Marketing setze leider spät ein; vor allem Arbeitsplätze von Frauen seien gefährdet; medizinische Behandlungen müßten finanzierbar sein; warum die Ausgaben im Kurbereich von 1993 bis 1995 von 3,5 auf 5,5 Milliarden Mark gestiegen seien, ob es Signale gebe, die für die Haushaltsberatungen 1998 wichtig seien und ob es Wettbewerbsnachteile für Privatbäder gebe. Eine Stadt als Juniorpartner eines Wirtschaftsbetriebs sei neu für ihn als Kommunalpolitiker, bemerkte Walter Grevener (SPD), nachdem klar geworden war, daß etwas zwischen den Rathauspolitikern und den Unternehmensvertretern hakte.

Nachmittags besichtigten die Ausschußmitglieder mit dem Vorsitzenden Friedrich Hofmann (SPD), vom Chefarzt geführt, die vorbildlichen, aber leerstehenden Therapie-Einrichtungen im Stahlbadehaus, zum Beispiel 32 Kabinen für Mineralwasser-Bewegungsbäder, Moorbad, Reizstrom, Kältebehandlung (neu und sehr erfolgreich), die Marcus-Klinik (Neurologie/Orthopädie) und das Gästezentrum. Die Besichtigung von LVA- und BfA-Klinik mußte aus Zeitgründen auf einen späteren Besuch vertagt werden.

In der (öffentlichen) Therapie, wo der Tagung wegen gemischte Sauna angesagt, von den Ausschußmitgliedern aber nicht in Anspruch genommen worden war, rätselten Besucher abends, ob es sich beim Bau der schönen großen Anlage um die Rache eines früheren Ratsmitglieds gehandelt habe. Ein Rückgang der Kurgastzahlen führe auch zum Rückgang an Privatübernachtungen, meinte vielmehr der Rat schon vor einigen Jahren, als sich die Krise ankündigte. Die Stadtväter wollen Ausfälle durch Feriengäste und Touristen ausgleichen und beschlossen deshalb den Bau der Therapie, die nun privatisiert werden soll.

Schöne bunte Prospekte, über die Bad Driburger Kompaktkur „Rund um die Wirbelsäule“, über Wochenendprogramme und von der übrigens immer ausgedehnten Gräflichen Schönheitsfarm, verließen den Kommunalpolitikern zum Abschied, was ihnen in der Landeshauptstadt vermutlich fehlt: „Wohlbedenken für Körper und Seele durch den Komfort eines erstklassigen Hauses, fachmedizinische Betreuung und unbeschwerter heitere Atmosphäre.“

Politischer Kraftakt



Im Unterausschuß Personal stand unter anderem der Bericht der Bundesregierung über Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst auf der Tagesordnung der von Peter Bensmann (CDU, Foto) geleiteten Sitzung am 19. Februar.

Regierungsdirektor Brommund (Finanzministerium) teilte ergänzend zu den schriftlichen Unterlagen mit, der Eigenbeteiligung der Beamten an ihrer zukünftigen Versorgung werde bei Bund und Ländern zugestimmt. Bei 0,2 Prozent Beteiligung sei keine Änderung des Grundgesetzes erforderlich. Bis Ende 1997 solle die Gesetzgebung

geändert werden. Mit steigenden Versorgungslasten hätten vor allem die Länder zu tun, weil sie in den 60er und 70er Jahren viel Personal eingestellt hätten, das bald in den Ruhestand entlassen werde.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) hielt gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern für sinnvoll. Die von Helmut Diegel (CDU) erbetene Bewertung der vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere der Abschaffung der Ministerialzulage und des Ehegattenanteils beim Ortszuschlag, und ein Ausblick über das Jahr 2008 hinaus wurde auf einen Zeitpunkt nach Ostern vertagt. Die Umsetzung grundlegender Maßnahmen bedeute einen politischen Kraftakt, sagte der Vertreter des Finanzministers, zu dem großer Konsens erforderlich sei.

★

Bei seinem Bericht über den Stand der Organisationsuntersuchungen im nachgeordneten Bereich des Arbeitsministers ergänzte Leitender Ministerialrat Inger (MAGS) auf die Frage von Volkmars Klein (CDU), ob Oeynhausen den Titel „Staatsbad“ auch im Falle privater Trägerschaft behalten könne, der Name „Staatsbad“ sei nicht geschützt. Über die Sanierung und Überführung in Privatrecht ab 2000, wie vom Unternehmensberater empfohlen, habe das Kabinett noch nicht entschieden.

Verwechslung

Durch ein Übertragungsversehen hat sich im Redebeitrag des CDU-Abgeordneten Hermann-Josef Arentz zum Thema Schlechtwettergeld („Landtag intern“, Nr. 4, Seite 4) ein Fehler eingeschlichen. Statt „Bauarbeiter“ muß es richtig lauten „Bauarbeitgeber“, so daß der vollständige Satz lautet: „Hermann-Josef Arentz (CDU) hielt die SPD-Forderung für falsch begründet: Sie entmutige die Tarifparteien bei der Suche nach einer Lösung, verhindere den technischen Fortschritt etwa im Winterbau und belohne nachträglich noch diejenigen Bauarbeitgeber, „die gegen die Bestimmungen des Tarifvertrages ihre Arbeitnehmer mit einer Wiedereinstellungszusage gekündigt haben“.

Experte betont Bedeutung des Muezzinrufs für gläubige Moslems

Zentrum liefert rasch und zuverlässig Deutungen zum aktuellen Geschehen

Der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten (Vorsitzende Christiane Bainski, GRÜNE) hat Ende Februar eine auswärtige Sitzung im Essener Zentrum für Türkeistudien (ZfT), Institut an der dortigen Universität/Gesamthochschule, durchgeführt. Der wissenschaftliche Direktor, Professor Dr. Faruk Sen und der Geschäftsführer Andreas Goldberg nutzten die Gelegenheit, den Ausschußmitgliedern die Arbeit des ZfT vorzustellen.

Das ZfT wurde im Jahr 1985 als gemeinsames Modellprojekt durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und die Freudenberg Stiftung ins Leben gerufen. Nach Ablauf der Projektphase wurde das Zentrum durch die Gründung eines eigenen Trägervereins, im Januar 1991, auf eine neue Grundlage gestellt und wesentlich erweitert. Mitglieder des Trägervereins sind neben verschiedenen Bundesministerien, Stiftungen auch das Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) sowie das Ministerium für Wissenschaft und Forschung (MWF) des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mit dem Umzug von Bonn nach Essen 1991 wurde die Voraussetzung für eine intensive Kooperation mit der Universität/GH Essen geschaffen. Nach Abschluß eines Kooperationsvertrages (1992) mit dem MWF und der Universität/GH hat das ZfT den Status eines Instituts an der Universität/GH Essen. Neben tagespolitisch wechselnden Aufgaben, soll das ZfT – vor dem Hintergrund der langen Tradition deutsch-türkischer Beziehungen sowie der dauerhaften Anwesenheit einer starken türkischen Minorität in Deutschland – dazu beitragen, den Wissens- und Informationsstand über die Türkei und die türkischen Migranten in der deutschen Öffentlichkeit zu erhöhen und die Kooperation zwischen Vertretern beider Länder bei der Bearbeitung gemeinsamer Probleme zu fördern und zu intensivieren.

Die Themenbereiche des Instituts umfassen die politischen, soziologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Türkei ebenso wie die Beziehungen dieses Landes zu Deutschland, Europa und der Europäischen Union. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Situation der Arbeitsmigranten in Europa allgemein und in Deutschland speziell. Die innenpolitische Entwicklung in der Türkei, die Politisierung des Islam, aber auch der Versuch der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und die neue außenpolitische Rolle der Türkei nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion etwa finden ihren Niederschlag in den Arbeiten des ZfT. Derzeit arbeiten dort 28 Personen, darunter 20 Wissenschaftler verschiedener Disziplinen. Die Mitarbeiter vertreten nahezu die gesamte Spannweite der Wirtschafts-, Kultur- und Sozialwissenschaften. Gegenwärtig sind dort Betriebs- und Volkswirte, Ethnologen, Turkologen, Islam-, Politik- und Sprachwissenschaftler sowie Historiker beschäftigt.

Das Zentrum für Türkeistudien hat vor allem dem MAGS gegenüber beratende und unterstützende Funktionen bei der Entwicklung von Konzeptionen und Handlungsansätzen in bezug auf Fragen übernommen, die die Migrationspolitik betreffen. Diese Aufgaben-

stellung umfaßt sowohl die Vorbereitung und Auswertung von Untersuchungsvorhaben, Stellungnahmen und Berichten als auch die Vorbereitung und Durchführung von Fachtagungen und Kongressen und ähnlichen Veranstaltungen sowie die regelmäßige Berichterstattung über wissenschaftliche und politische Entwicklungen. So hat das ZfT bereits diverse Forschungsprojekte durchgeführt, die sich zum Beispiel mit der Lebenssituation älterer Migranten, Strukturen islamischer Organisationen in NRW, dem Mediennutzungsverhalten der türkischen Bevölkerung, der Studiensituation türkischer Studenten, der ethnischen Zusammensetzung der türkischen Wohnbevölkerung in NRW oder der integrationspolitischen Bedeutung von ausländischen Unternehmen befaßten. Aktuelle Projekte beschäftigen sich mit der Struktur der Selbstorganisationen von Migranten und der Wahrnehmung von Fremdenfeindlichkeit seitens der türkischen Bevölkerung.

Mittlerweile sind für das ZfT auch zahlreiche freie Mitarbeiter und Korrespondenten, vor allem in Westeuropa und der Türkei, tätig, durch deren Berichte und Informationen schnell auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen reagiert und interessierten Politikern, Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit in kurzer Zeit Analysen und Informationen präsentiert werden können. Einen ausführlichen Überblick über die einzelnen Forschungsprojekte, Publikationen und sonstigen Aktivitäten gibt der aktuelle Tätigkeitsbericht des ZfT, der unter der Telefonnummer: 02 01/31 10 41-42/44 direkt angefordert werden kann.

Der bei der Ausschußsitzung anwesende Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Axel Horstmann (SPD), legte in seinem Beitrag Wert auf die Feststellung, daß sein Ministerium in den vergangenen Jahren in vielfältiger Weise von den Arbeiten profitiert habe. Aktuell fördere das Ministerium im Jahr 1997 zwei aus seiner Sicht sehr bedeutsame Forschungsobjekte. Dies sei zum einen die Wahrnehmung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in türkischen Familien und zum anderen eine Analyse und Bestands-

aufnahme der Struktur der Selbstorganisationen von Migranten in NRW und ihr mögliches Integrationspotential. Der Minister wies auch auf den Pressespiegel aus türkischen Tageszeitungen hin, den das ZfT im Auftrag der Staatskanzlei wöchentlich erstelle. Er sprach seine Anerkennung für die Güte und Effizienz der wichtigen Arbeit aus und betonte dabei die Bedeutung dieses bundesweit einzigartigen Instituts. Aus eigener Anschauung konnten die Mitglieder des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten die Enge in den bestehenden Räumlichkeiten des ZfT bei ihrer Sitzung erleben. Sie nutzten die Gelegenheit, Professor Sen nach seiner Meinung etwa zu Muezzinrufen (Beispiel Duisburg), nach Anzeichen für verschärfte Ausländerfeindlichkeit (gerade wegen der hohen Arbeitslosigkeit) sowie zum Thema „Islamische Unterweisung an Schulen“ zu befragen. Professor Sen machte in diesem Zusammenhang sehr deutlich, welche Bedeutung gerade das Freitagsgebet für Muslime hat.

Unter einem weiteren Tagesordnungspunkt nahm der Ausschuß eine ausführliche Berichterstattung des Innenministeriums (IM) zum Thema „Verfahrensdauer bei Einbürgerungen und Anzahl der nicht erledigten Verfahren“ entgegen. Die Ausschußmitglieder aller Fraktionen dankten für die schnellen Ergebnisse und die Durchführung der Blitzumfrage. Mit diesem Thema wird sich der Ausschuß voraussichtlich noch vor der Sommerpause erneut befassen. *Frank Schlichting*

Reisekostenrecht

Angesichts der kommunalen Finanzverhältnisse könnten Einsparungen in den örtlichen Fuhrparks vorgenommen werden, wenn verstärkt privateigene Kraftfahrzeuge der Bediensteten für dienstliche Zwecke eingesetzt würden. Darauf hat Werner Stump (CDU) in einer Kleinen Anfrage hingewiesen, die jetzt vom Finanzminister des Landes beantwortet wurde (Drs. 12/1846). Stump hatte die für eine Anerkennung als Voraussetzung erforderliche Mindestfahrleistung von 4 000 bis 6 000 Kilometer pro Jahr als Hinderungsgrund genannt und mehr Flexibilität gefordert. Finanzminister Heinz Schleißer (SPD) sieht keine Notwendigkeit, von dieser Grenze abzuweichen und erwähnt die laufenden Arbeiten am Reisekostenrecht, wo unter Wegfall der Anerkennung ein einheitlicher Entschädigungssatz bei der dienstlichen Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge angestrebt werde.

Im Essener Zentrum für Türkeistudien: Direktor Professor Sen (r.) und Geschäftsführer Andreas Goldberg (l.) flankieren die Vorsitzende des Migrationsausschusses, Christiane Bainski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Foto: ZfT



Störer zahlt künftig Zinsen für Kosten von Ersatzvornahme

Der Landtag hat in zweiter Lesung einstimmig das Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen im Entwurf der Landesregierung nach der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung verabschiedet.

Wilhelm Droste (CDU) erläuterte, die beabsichtigte Gesetzesänderung habe drei Zielrichtungen. Dem Störer solle künftig eine Zinszahlungspflicht für rückständige Ersatzvornahmekosten auferlegt werden, soweit die Zinsen mehr als 100 Mark betragen. Damit werde derjenige mit Kosten belastet, der sie tatsächlich verursacht habe, nämlich der Störer oder die Störerin. Weiteres Anliegen des Gesetzes sei die Einführung von Verwaltungsgebühren bei der Ersatzvornahme. Auch diese Kosten gelte es in angemessener Weise und nicht etwa als zusätzliche Einnahmequelle auf die Vielzahl von Störern umzulegen, was im Ergebnis nur durch die Einführung von Verwaltungsgebühren gewährleistet werden könne. Gleiches gelte für die Sicherstellung und öffentliche Verwahrung. Insgesamt handle es sich um Maßnahmen, die den Nachlässigen oder den, der es darauf anlege, den Rechtsfrieden zu stören, belaste und den Gesetzestreuern entlaste, mithin um ein Mehr an Gerechtigkeit im Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW.

Hans-Peter Meinecke (SPD) sagte, die SPD-Fraktion stelle fest, der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes sei erforderlich, sinnvoll und geeignet.

Roland Appel (GRÜNE) erklärte, heute sei es so, daß jemand, dessen Auto durch behördlichen Befehl abgeschleppt werde und dafür nicht aufkomme, dann aber irgendwann einmal dazu verurteilt werde, doch die Kosten zu bezahlen, keine Zinsen und den dazwischen liegenden Verwaltungsaufwand bezahlen müsse. Das belaste die Staatskasse und die Allgemeinheit. Es sei deswegen richtig und schlüssig, daß man einen Weg finde, diese Kosten den entsprechenden Übeltätern oder Störern aufzubürden.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) meinte, der Kollege Droste habe den Gesetzentwurf der Landesregierung noch einmal hervorragend begründet. „Vielen Dank dafür.“

Große-Sender Sprecher der Präsidentengemeinschaft

Professor Heinrich A. Große-Sender, Direktor beim Landtag, ist zum Sprecher der Präsidentengemeinschaft der Präsidenten oberer Landesbehörden und Landesgerichte im Bereich Düsseldorf gewählt worden. Große-Sender löst Dr. Helmut Kallrath, den Präsidenten des Landessozialgerichtes, ab.



Der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Heinrich Kruse (5. v. r.) hat den Landesvorstand des Schaustellerverbandes NRW mit seinem Vorsitzenden Bruno Schmelzer (4. v. l.) empfangen, der gleichzeitig Vizepräsident des deutschen Schaustellerverbandes ist. Erörtert wurden Fragen nach Sicherheit auf Volksfesten und Polizeischutz, die Probleme des Arbeitskräftemangels beim Aufbau von Ständen, Karussells usw. sowie eine angekündigte Hygieneverordnung. Foto: Schälte

Mit frühlingsfrischem Elan ins erste Spiel

Saisonauftakt des FCL Endlich wieder Fußball

Endlich wieder Fußball. Mit frühlingsfrischem Elan ging der FC Landtag in das erste Spiel der Saison 1997. Gegner war das Team der Provinzial. Spielstätte war der Platz von Grün-Weiß-Rot an der Fleher Straße in Düsseldorf: Dunkle Wolken über einer interessanten Pfützenlandschaft, über die immer wieder ein böiger Wind fegte, — eine Kulisse, die noch bizarrer wurde, als sie in gleißendes Flutlicht getaucht wurde. Insgesamt also gute Fußballbedingungen.

Die Provinzial kam besser ins Spiel; die neuformierte Mannschaft des FCL mit den Debütanten Mario Müller, Theo Rosen und Dirk Stopp benötigte fast die gesamte erste Halbzeit, um wenigstens ansatzweise ihr spielerisches Potential zu entfalten. Immerhin aber stand die Abwehr des FCL in dieser Phase. Zur Pause stand es 0:1, nichts war

verloren, auch wenn das Provinzial-Team einige gelungene Kombinationen hinlegte und sich vier dicke Chancen erspielte. Die Schüsse jedoch strichen knapp am FCL-Kasten vorbei oder wurden eine Beute des sicheren FCL-Keepers Rene Markgraf. Nach dem Wechsel drehte der FCL auf — angetrieben und immer wieder neu motiviert von seinem Spielführer Hans Kraft. Drei sehr gute Einschußmöglichkeiten boten sich. Der Ausgleich lag in der Luft. Ein Konter der Provinzial machte dieser Hoffnung ein jähes Ende. Ab Mitte der zweiten Halbzeit fielen die Tore wie reife Früchte, enthusiastisch bejubelt von dem sachkundigen Publikum. Fünf weitere Treffer waren zu registrieren. Lediglich für die Statistik sei hier festgehalten, daß alle im Netz des FCL-Tores versenkt wurden. Ein Saisonauftakt, der Mut macht.

Keine „Bespitzelung“ und „Ausspähung“

Die Grundlage der Berichterstattung über „Bespitzelung“ und „Ausspähung“ von Sozialhilfeempfängern sei lediglich eine verwaltungsinterne Überlegung des Sozialdezernenten und Kämmerers der Stadt Eschweiler gewesen, aus der keine Konsequenzen gezogen worden seien. Das teilte Dr. Axel Horstmann (SPD), Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Daniel Kreuz (GRÜNE) mit. Aus anderen Städten und Gemeinden seien der Landesregierung keinerlei Bestrebungen in dieser Richtung bekannt (Drs. 12/1551).

Pensionierte Lehrkräfte im Dienst

Derzeit seien 68 pensionierte Lehrkräfte landesweit im Rahmen der Programms „Geld statt Stellen“ mit jeweils weniger als der Hälfte der Pflichtstunden tätig. Das teilte Gabriele Behler (SPD), Ministerin für Schule und Weiterbildung, in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Wilfried Bergerhoff (SPD) mit. Von diesen Lehrkräften seien 30 vorzeitig pensioniert worden. Das Programm ermögliche keine Dauerbeschäftigung junger Lehrerinnen und Lehrer, dies könne nur im Rahmen des regulären Einstellungsverfahrens erreicht werden. „Geld statt Stellen“ decke den Personalbedarf bei vorübergehendem Ausfall von Lehrkräften. (Drs. 12/1677).

Vor 30 Jahren starb Konrad Adenauer – Fast vier Jahre Vorsitzender der CDU-Fraktion

Landtag als Plattform für staatspolitische Pläne

„Er hatte große Pläne!“, schrieb Rudolf Amelunxen, erster nordrhein-westfälischer Ministerpräsident im 1946 ernannten Landtag, in seinen Memoiren. Er spricht von Konrad Adenauer, der den meisten eher als erster deutscher Bundeskanzler in Erinnerung ist und der mit dem Begriff „Kanzlerdemokratie“ in Verbindung gebracht wird. Seine Mitgliedschaft im nordrhein-westfälischen Landtag, immerhin fast vier Jahre lang – vom 2. Oktober 1946 bis zum 17. Juni 1950, wird selbst in Adenauer-Biographien und seinen eigenen Erinnerungen nur kurz behandelt.

Dabei stellte er schon in diesen frühen Jahren seiner politischen Nachkriegskarriere im Düsseldorfer Landtag die Weichen für seine spätere Deutschlandpolitik. Er nutzte das nordrhein-westfälische Parlament als Plattform für staatspolitische Pläne und trat als weitdenkender Staatsmann auf. Seine Reden wurden international beachtet, da er nicht nur Vorsitzender der Landtagsfraktion war, sondern auch CDU-Vorsitzender. Adenauer meldete sich immer dann zu Wort, wenn es um Grundsätzliches ging, etwa um Probleme der Neuordnung von Wirtschaft und Staat.



Dr. Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, bei einer Plenarsitzung in den Henkel-Werken am 4. März 1947. Debattiert wurde über Demontage (Bild links) – Im Bild rechts befindet sich Adenauer (3. v. r.) nach einem Empfang durch Landtagspräsident Wilhelm Johnen (l.) auf dem Weg zu einer Sitzung der Katholischen Arbeiterbewegung im alten Landtag in Düsseldorf. Fotos: Archiv des Landtags

Zentralgewalt und starke Länder

Konrad Adenauer war prinzipiell Anhänger einer föderalistischen Staatsordnung mit starken Gliedstaaten. Vor dem ernannten, noch nicht durch Wahlen legitimierten Landtag, erklärte er schon im November 1946: „Wir sind der Auffassung, ... daß die endgültige Gestaltung Deutschlands schließlich einmal in die Hand des wieder aktionsfähigen Deutschlands gelegt werden muß, ... wir wollen Länder, die ihr eigenes Leben leben können, wir wollen eine Zentralgewalt, die stark genug ist und alles das bekommt, was nötig ist, damit diejenigen Angelegenheiten, die für ganz Deutschland gemeinsam geregelt werden müssen, gemeinsam geregelt werden und damit ganz Deutschland zusammenbleibt. Das ist das Ziel unserer Politik!“

Konrad Adenauer hatte auch die Gründung des neuen, bisher noch nicht existierenden, Landes Nordrhein-Westfalen 1946 befürwortet. Auf sein Raten hin ernannte die britische Militärregierung Rudolf Amelunxen zum ersten Ministerpräsidenten des Landes. Diese Fürsprache Adenauers war weniger eine Parteinarbeit für den parteilosen Amelunxen, sondern gegen Karl Arnold vom linken CDU-Flügel gerichtet, der ursprünglich Lieblingskandidat der Briten gewesen war. Doch bereits im Juni 1947 trat Arnold die Nachfolge Amelunxens an. Trotz aller Winkelzüge Adenauers gegen seine Person wurde er Ministerpräsident des ersten gewählten Landtages. Adenauer, der sowohl Mitglied des ersten und zweiten ernannten als auch des gewählten Landtags war, begnügte sich mit dem Partei- und Fraktionsvorsitz und strebte kein Regierungsamt an. Vielmehr konzentrierte er, der bei Gründung des Landes NRW bereits 70 Jahre alt war, und auf eine politische Karriere als Kölner Oberbürgermeister und Zentrumspolitiker

zurückblicken konnte, sich auf den bundesweiten Aufbau der CDU.

Bei ersten Aussprachen über das Auftreten der CDU im parlamentarischen Leben ging es um die Frage, ob die Partei bei wichtigen Entscheidungen im Landtag als geschlossener Block auftreten und zu diesem Zweck den Fraktionszwang einführen solle. Adenauer wehrte sich gegen diesen Gedanken, die Gewissensfreiheit des einzelnen Abgeordneten hielt er für unantastbar und unveräußerlich. Diese Meinung vertrat er auch als Kanzler noch, auch wenn sie seine politische Arbeit manches Mal erschwerte.

Diskussion über Sozialisierung

Prägend für die Arbeit des ersten und zweiten ernannten Landtages, nach wenigen Monaten hatte es nach Gemeindewahlen von Seiten der britischen Militärregierung eine Korrektur der Mandatsverteilung zu Gunsten der CDU gegeben, war die Ausarbeitung eines Sozialisierungsgesetzes. Der Landtag hatte weder legislative noch exekutive Befugnisse. Der britische Außenminister Ernest Bevin hatte im Oktober 1946 die Sozialisierung der Ruhrindustrie angekündigt und die Deutschen aufgefordert, entsprechende Gesetze zu entwerfen. Im Düsseldorfer Landtag begann eine leidenschaftliche Debatte, die zwei Jahre andauern sollte. Hierbei kam es nicht nur zu heftigen Diskussionen zwischen den Fraktionen, sondern auch zwischen den Flügeln der CDU, d. h. zwischen dem Fraktionsvorsitzenden Konrad Adenauer und Ministerpräsident Karl Arnold.

Nachdem die Landtagswahl im April 1947 für keine Partei eine Mehrheit ergeben hatte, verband sich jetzt die wirtschaftspolitische Diskussion mit der Frage der Mini-

sterpräsidentenschaft. Adenauer wußte sehr wohl, daß Karl Arnold den Sozialisierungsvorstellungen der Briten, der SPD und des linken Zentrum-Flügels erheblich entgegenkommen wollte. Die beiden CDU-Politiker trennte vor allem ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitische Auffassung. Arnold gehörte zu den führenden Vertretern des christlich-sozialen Arbeitnehmerflügels in der CDU. Er erstrebte das Gleichgewicht von Kapital und Arbeit auf der Grundlage einer gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, in den ersten Nachkriegsjahren gar einen „christlichen Sozialismus“, und dachte, seine Ziele in Partnerschaft mit der SPD in einer großen Koalition im Land wie im Bund durchzusetzen. Adenauer dagegen sah im Sozialismus und allen politischen Vorstellungen und Bestrebungen, die sich unter ihm subsumieren ließen, seinen politischen Hauptgegner. Er bevorzugte den Verbandsvorsitzenden der katholischen Arbeitervereine, Josef Gockeln, der gegen den christlichen Sozialismus Front gemacht hatte. Aber die Wahl Karl Arnolds zum Ministerpräsidenten war nicht mehr zu verhindern.

Besondere Bedeutung erlangte das „Ahlemer Programm“, dessen Mit-Autor Adenauer war und das den Staatssozialismus ablehnte und dem Kapitalismus eine lebenspraktische Solidarität gegenüberstellte, die beleben und nicht lähmen sollte.

Obwohl Adenauer die Partei und einen erheblichen Teil der Fraktion hinter sich hatte, gelang es Arnold, gestützt auf die Briten und im Zusammenspiel mit SPD und Zentrum sowie seinen Anhang in der CDU-Fraktion, die ihm zusagenden Akzente in der Verstaatlichungsfrage zu setzen. Im August 1948 kam es dann schließlich auch zu einem Sozialisierungsgesetz, das trotz Stimmenthaltung der CDU und Gegenstim-

(Fortsetzung Seite 23)

SPD-Fraktion

Projektgruppe zur Informationsgesellschaft

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Gründung einer fachübergreifenden Projektgruppe „Informationsgesellschaft“ beschlossen. Die unterschiedlichen fachlichen Ansätze und Kompetenzen innerhalb der Fraktion sollen zusammengeführt und koordiniert werden, um auf die wachsenden Herausforderungen der Informationsgesellschaft besser reagieren zu können. Dazu erklärte Marc Jan Eumann, medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion:

„Die Informationsgesellschaft ist für Nordrhein-Westfalen eine große wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Herausforderung. Die modernen Industriegesellschaften sind auf dem Weg zur multimedialen Informationsgesellschaft. Technisch wird dies durch das Zusammenwachsen von Fernsehen, Telefon und Computer möglich. Information und Kommunikation verändern sich und verändern damit praktisch alle Gesellschafts- und Lebensbereiche. Unser gesellschaftliches Zusammenleben und unsere Arbeitswelt werden einen tiefgreifenden Wandel durchleben. Dabei ist klar, daß es längst nicht mehr um das „Ob“ der Informationsgesellschaft geht, wohl aber um das „Wie“. Nur wenn eine breite Debatte über Chancen und Risiken dieser Entwicklung geführt wird, lassen sich die Chancen nutzen und die Risiken eingrenzen.“

Eumann wies darauf hin, daß die SPD-Landtagsfraktion mit vielfältigen Aktivitäten die thematische Bandbreite der Informationsgesellschaft aufgegriffen habe. Mit zahlreichen parlamentarischen Diskussionen, dem Zukunftsforum „Multimedia – Die Informationsgesellschaft gestalten“ und mehreren Dialogveranstaltungen habe die SPD-Fraktion deutlich gemacht, daß sie Nordrhein-Westfalens Weg in die Informationsgesellschaft begleiten und mitgestalten werde.

Eumann weiter: „Nordrhein-Westfalen ist in wenigen Jahren zum stärksten Standort für die Telekommunikationswirtschaft in Europa und eines der wichtigsten Zentren der Film- und Fernsehindustrie geworden. Es sind Zehntausende neue Arbeitsplätze in unserem Land entstanden, und darauf kommt es heute ganz besonders an. Wir wollen und müssen alle Potentiale der Informationsgesellschaft für Nordrhein-Westfalen nutzen. Es ist deshalb jetzt genau der richtige Zeitpunkt, die unterschiedlichen fachlichen Ansätze und Kompetenzen zum Thema Informationsgesellschaft in einer Projektgruppe zusammenzuführen. Wir vermeiden damit, daß parallel und unabhängig voneinander an denselben Fragen gearbeitet wird und nutzen Synergieeffekte. Ziel der Projektgruppe ist es, die gesellschaftspolitischen Auswirkungen und Konsequenzen der Informationsgesellschaft aufzuarbeiten, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu entwickeln und Medienkompetenz der Nutzer zu ermöglichen.“

Die Projektgruppe solle bis Mitte 1998 einen Erfahrungsbericht vorlegen.

CDU-Fraktion

Religionsunterricht: Koalition uneinig

Als „Angriff auf das Grundgesetz und die Landesverfassung“ hat der CDU-Schulexperte Heinrich Meyers eine Veranstaltung der GRÜNEN bezeichnet, die im Landtag stattfand und sich mit dem Thema Ersatzfach Praktische Philosophie befaßte. „Besonders bedenklich“ nannte Meyers die Tatsache, daß sein Antrag, die Genehmigung für die Veranstaltung zurückzunehmen, beim Präsidenten des Landtages auf Ablehnung gestoßen war.

Meyers zitierte in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme des Fachverbandes Philosophie e.V. des Landes NRW:

„Die Fraktion der GRÜNEN lädt zu einer Veranstaltung ein, die gegen die mit dem Koalitionspartner SPD vereinbarte und im Landtag mit Mehrheit beschlossene Konzeption des Fachs ‚Praktische Philosophie‘ gerichtet ist. Die einseitige Auswahl der Referenten und eingeladenen Gruppen macht deutlich, daß lediglich Propaganda für eigene Vorstellungen gemacht werden soll: Polemik gegen den Religionsunterricht und Religion überhaupt, Diskreditierung der Arbeit der von der Kultusministerin eingerichteten Richtlinienkommission Praktische Philosophie, Plädoyer für ein dem Brandenburger LER-Konzept ähnliches ‚integratives Pflichtfach für alle‘, das den Religionsunterricht ersetzen soll.“

Nach Meyers' Auffassung, die von der CDU-Landtagsfraktion geteilt wird, sei diese Veranstaltung „eindeutig ein Angriff auf das Grundgesetz und die Landesverfassung, die den konfessionellen Religionsunterricht an den Schulen Nordrhein-Westfalens garantieren“.

Meyers wörtlich: „Leider muß festgestellt werden, daß auch die SPD in dieser Frage sehr halbherzig vorgeht. Deshalb drängt sich immer mehr der Eindruck auf, daß in der Bildungspolitik allgemein, speziell aber in Fragen der religiösen Unterweisung der grüne Schwanz mit dem roten Hund wedelt.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

GRÜNE lehnen „feindliche Übernahme“ ab!

Die Ende 1991 eingestielte „feindliche Übernahme“ von Hoesch durch Krupp hat zu einem verheerenden Arbeitsplatzabbau insbesondere im östlichen Ruhrgebiet geführt. Die gleichen Manager, allen voran Gerhard Cromme, versuchen nun mit Hilfe einiger Großbanken, ein noch größeres Rad zu drehen und die beiden größten Stahlkonzerne zu verschmelzen. Statt die Probleme im eigenen Haus zu lösen, will Cromme Thyssen mit ins schlingende Schiff ziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilen die Befürchtungen der Betriebsräte von Thyssen und Krupp-Hoesch, daß die geplante feindliche Übernahme von Thyssen durch Krupp-Hoesch zum Verlust von Zehntausenden Arbeitsplätzen im gesamten Ruhrgebiet und darüber hinaus führen würde. Massenentlassungen und die Stilllegung ganzer Stahlstandorte wäre die unausweichliche Folge, während sich die beteiligten Banken eine goldene Nase verdienen.

Vor diesem Hintergrund fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN alle Verantwortlichen dringend auf, von diesem arbeitsmarkt- und strukturell verheerenden Plan Abstand zu nehmen. Wir gehen davon aus, daß die Landesregierung ihre Einflußmöglichkeiten – auch auf die WestLB – nutzt, um Krupp-Hoesch zur Konzentration auf die eigenen Probleme zu bewegen. Auch das Bundeskartellamt und die EU-Wettbewerbskommission sollten die wettbewerbsrechtliche Seite der geplanten Fusion sorgfältig prüfen.

Die Kohleentscheidung der vergangenen Woche bringt schon genügend Probleme für das Ruhrgebiet; eine feindliche Übernahme wäre ein zweiter, nicht verantwortbarer Schlag für diese gebeutelte Region. Deshalb unterstützen wir die Proteste der Stahlbeschäftigten vor den Vorstandsbüros der Krupp-Manager, die die entscheidenden Schlüssel in der Hand halten. Sie sollten nicht nur die Interessen von Aktionären und Banken, sondern auch die der Beschäftigten und der ganzen Region im Auge behalten.

Konrad Adenauer...

(Fortsetzung von Seite 21)

men der FDP angenommen wurde. Es hatte allerdings lediglich symbolischen Charakter, da die Briten auf Druck der Amerikaner das Gesetz verweigerten.

Probe für bürgerliche Koalition

Seine Außenpolitik und seine liberal-kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen gedachte Adenauer im Bund wie im Land mit Hilfe einer Koalition der bürgerlichen Parteien zu verwirklichen. Auch dies probte er auf der politischen Plattform Nordrhein-Westfalens.

Im September 1949 wurde Konrad Adenauer zum ersten deutschen Bundeskanzler gewählt. Noch bis zum 17. Juni 1950 war er formal Mitglied des Landtages. Bei Parlamentsitzungen fehlte er allerdings „entschuldig“. Die Ehre, daß ein amtierender Bundeskanzler noch einmal das Wort im Landesparlament ergriffen hätte, wurde den nordrhein-westfälischen Landtag nicht zuteil.

(Die Zitate in diesem Text wurden dem Stegnografischen Protokoll der zweiten Vollversammlung des Landtags am 12. und 13. November 1946, dem Buch von Wolfram Köhler „NRW – ein Land der BRD“, der autorisierten Biographie „Konrad Adenauer“ von Paul Weymas sowie dem Werk von Hans-Peter Schwarz: „Adenauer: Der Aufstieg 1876 bis 1952“ entnommen.)

Jessica Schwarzer

Wattenscheid

Wie zuvor schon Kettwig besuchte der Ausschuß für Kommunalpolitik am 26. Februar den Bochumer Stadtteil Wattenscheid, um sich über mögliche Gründe für die Wiedererlangung der Selbstständigkeit zu informieren. Unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Winfried Schittges (CDU) besichtigten die Abgeordneten die Innenstadt und Außenbezirke. Den Befürwortern gehe es nicht so sehr um Nachteile durch die Eingliederung, sondern um die Bewahrung ihrer Identität als Wattenscheider, wurde betont.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczny (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Lauchim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Da kann man nicht meckern: Die Frauenquote bei den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe stimmt seit der letzten Landtagswahl im Mai 1995. Von 13 Parlamentariern aus diesem Beritt sind fünf Frauen. Eine von ihnen ist Dorothee Danner. Mit dem besten Wahlergebnis in Ostwestfalen-Lippe schaffte die 47jährige gleich beim ersten Anlauf den Sprung in den Düsseldorfer Landtag. Zusammen mit NRW-Schulministerin Gabi Behler, Ursula Bolte, Helga Giesselmann und Ina Meise-Laukamp sorgte sie für die Verstärkung des weiblichen Lagers. Bis auf Helga Giesselmann sind alle Parlamentsneulinge. Das schweiß zusammen. In den Anfangsmonaten half man sich beim Zurechtfinden in dem nicht ganz einfachen Landtagsgeflecht. Und bei den Jungfernreden herrschte nette Solidarität. Als Dorothee Danner im Dezember 1995 erstmals im Plenum an das Rednerpult trat, war sie ganz dankbar, daß die Parlamentskolleginnen ihr den Rücken stärkten. „Als stellvertretende Landrätin habe ich schon viele Reden gehalten, aber im Parlament zu sprechen, ist doch etwas anderes“, erinnert sie sich an ihren Auftritt und auch daran, daß es im Anschluß sogar ein paar Blümchen gab.

Heute fühlt sich Dorothee Danner im Landtag schon ganz heimisch. Ihr Abgeordnetenzimmer hat sie mit persönlichen Dingen wie Bildern und Geschirr von zu Hause wohnlich hergerichtet. „Ich verbringe doch viel Zeit hier im Büro, da muß ich mich auch wohl fühlen“, erklärt sie. Die Parlamentsarbeit macht ihr richtigen Spaß, obwohl sie sich zwei besonders arbeitsintensive Gebiete ausgesucht hat. Wie ihr Vorgänger Karl-Heinz Schnepel wollte sie gern in den Petitionsausschuß, und gleichzeitig interessierte sie sich für den Umweltausschuß. Tatsächlich hat sie es geschafft, in beide zu kommen.

Vor allem im Petitionsausschuß hat Dorothee Danner den Kontakt zum Bürger, den sie als Parlamentarierin braucht. Im Schnitt tagt das 25köpfige Gremium alle 14 Tage. In der Zwischenzeit müssen acht bis zehn Akten zu Hause bearbeitet werden, damit es in der folgenden Sitzung mit der Beschlußfassung weitergehen kann. Doch die Arbeit im Petitionsausschuß beschränkt sich nicht auf Schreibtischfähigkeit. Häufig gibt es Ortstermine. „Die machen die Aufgabe so zeitaufwendig, zugleich aber auch reizvoll“, erklärt die SPD-Frau.

Gleich bei ihrem ersten Fall konnte Dorothee Danner ein Erfolgserlebnis verbuchen, obwohl ihr politischer Berater, Ex-MdL Karl-Heinz Schnepel die Eingabe für hoffnungslos angesehen hatte. „Es tut mir leid, das wird in die Hose gehen“, hatte er die Neu-Parlamentarierin gewarnt. Vielleicht war das ein Grund für Dorothee Danner, sich besonders ins Zeug zu legen. Es ging um ein junges Mädchen aus Marokko, das von seinen Verwandten, die inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt hatten, adoptiert werden sollte. Obwohl das Mädchen bei den Verwandten wohnte, wollte das Ausländeramt, daß es nach Marokko zurückkehrte, um von dort aus die Adoption zu betreiben. Das schien hoffnungslos, da der Vater sich von der Familie getrennt hatte, die Mutter schwerkrank, die Großmutter, bei der das Kind aufgewachsen war, inzwischen verstorben und der Großvater 300 Kilometer entfernt von einer größeren Stadt lebte.

Zusammen mit einer Anwältin und einer Mitarbeiterin des Jugendamtes gelang es Dorothee Danner, das Ausländeramt zu überreden, zunächst einmal die Entscheidung des Familiengerichtes abzuwarten. Und tatsächlich mußte die 14jährige nicht noch einmal zurück nach Marokko. „Als alles in trockenen Tüchern war, bin ich wie auf Wolken aus der Stadt, wo der Fall sich abspielte, hinausgeschwebt“, erinnert sich die Abgeordnete.

Im Umweltausschuß hat sich Dorothee Danner auf das Gebiet der Abfallpolitik spezialisiert. „Wir sind ganz stolz darauf, daß wir nach langen Gesprächen mit den Bündnisgrünen ein gemeinsames Papier zustande gebracht haben“, meinte sie. Es soll auf lange Sicht verhindern, daß in einigen Deponien Müll zu Billigpreisen abgekippt werden kann.

Mit diesen beiden Fachbereichen ist die SPD-Abgeordnete voll ausgelastet. Zumal sie in ihrem Herforder Wahlkreis auch noch eine Bürgerstunde eingerichtet hat. „Jeden Montag ist Sprechstunde. Der Kontakt, den ich dabei mit den Bürgern bekomme, ist wichtig für meine Arbeit in Düsseldorf.“ Da Dorothee Danner zugleich auch noch sachkundige Bürgerin im Gleichstellungsausschuß in ihrem Heimatort Löhne ist, verliert sie die Rückkoppelung an die Basis nicht.



Dorothee Danner (SPD)

So selbstverständlich die Sozialdemokratin heute ihr Politikerinnen-Leben führt, an der Wiege war ihr diese Zukunft nicht gesungen worden. Sie wurde am 22. Februar 1949 in Marl-Hüls geboren. Ihr Vater war Diplomingenieur, die Mutter Einzelhandelskauffrau. Beide waren nicht sehr politisch. Nach dem Hauptschulabschluß setzte Dorothee Danner ihre Ausbildung zur Tischlerin durch. „Meine Zielvorstellung war immer, eine eigene kleine Werkstatt mit einer ebenso netten kleinen Galerie oder einem Kunstgewerbegeschäft zu haben.“ Natürlich war sie in der Berufsschule, aber auch in der Ausbildung ein „absolut buntes Huhn“ unter all den männlichen Gesellen.

Und doch hat ihr Beruf auch etwas mit dem Entschluß zu tun, in die Politik zu gehen. Nach mehreren erfolgreichen Anstellungen zog sie mit ihrem Mann nach Detmold und erkundigte sich beim dortigen Arbeitsamt nach einem Job. Die Antwort verblüffte und verärgerte sie. Klipp und klar wurde ihr mitgeteilt, Tischler sei keine Arbeit für eine Frau. Das sei viel zu schwer. Kurzum, Frauen würden in diesem Beruf nicht beschäftigt. „In dem Augenblick habe ich mir gesagt: Jetzt reicht's. Wir Frauen dürfen uns nicht alles gefallen lassen. Das war für mich der Grund, in die Politik zu gehen.“

Dem Entschluß ließ Dorothee Danner rasch Taten folgen. Sie trat in die SPD ein und wurde politisch aktiv. Auf den Posten der stellvertretenden Ortsvorsitzenden folgte die Arbeit als Pressebeauftragte des Ortsvereins und stellvertretende Vorsitzende der AsF im Ortsverband Löhne. Dann kamen Ämter im Bezirk. 1989 wurde sie Mitglied im Kreistag von Herford, um sogleich den Posten der stellvertretenden Landrätin zu übernehmen. „Das war ein Sprung ins kalte Wasser, aber die Arbeit hat mir viel Freude gemacht“, sagt sie heute.

Natürlich war das ein Vollzeitjob, den sie mit ihrer Familie – Mann, Sohn und Tochter – geregelt bekommen mußte. Aber wie sich zeigte, war die viele Arbeit ein Lebenselixier für Dorothee Danner. Als Karl-Heinz Schnepel nicht mehr für den Landtag kandidierte, bewarb sich die SPD-Frau um das Mandat. Sie gewann zunächst gegen eine Gegenkandidatin und dann das Landtagsmandat. Weitere politische Ambitionen hat sie vorerst nicht. So, wie der neue Job sich angeht hat, möchte sie im Jahr 2000 gern noch einmal kandidieren, doch bescheiden sagt sie: „Darüber entscheidet die Partei.“

Und ein bißchen natürlich auch die Familie. Lange hat sie mit ihrem Mann und den beiden Kindern diskutiert, ob sie sich als Landtagsabgeordnete bewerben soll. „Schließlich muß die Familie mitziehen, sonst kann man so einen Job nicht übernehmen“, weiß Dorothee Danner und freut sich, daß ihr Mann sie voll bei ihrer politischen Arbeit unterstützt. Mindestens ebenso stolz ist sie, daß auch Sohn und Tochter ein paar zusätzliche Aufgaben übernommen haben, damit die Mutter Politikerin sein kann. Bei so vielen Aktivitäten bleibt Dorothee Danner kaum Zeit für Hobbys nebenher. Doch sie gesteht: „In den Ferien restauriere ich noch immer gerne Schränke.“ Gerlind Schaidt

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 26. März bis 21. April 1997

26. 3. **Irmgard Schmid** (SPD), 52 J.
 29. 3. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU), 62 J.
 30. 3. **Marie-Luise Fasse** (CDU), 49 J.
 30. 3. **Helmut Diegel** (CDU), 41 J.
 31. 3. **Dr. Manfred Dammeyer** (SPD), 58 J.
 31. 3. **Ulrich Schmidt** (SPD), 55 J.
 1. 4. **Christian Weisbrich** (CDU), 55 J.
 1. 4. **Heidemarie Berger** (SPD), 53 J.
 2. 4. **Annelie Kever-Henseler** (SPD), 50 J.
 2. 4. **Jarka Pazdziora-Merk** (SPD), 48 J.
 4. 4. **Gabriele Sikora** (SPD), 47 J.
 6. 4. **Maria Theresia Opladen** (CDU), 49 J.
 7. 4. **Bärbel Wischermann** (CDU), 53 J.
 8. 4. **Manfred Kuhmichel** (CDU), 54 J.
 8. 4. **Johannes Pflug** (SPD), 51 J.
 9. 4. **Wolfram Kuschke** (SPD), 47 J.
 16. 4. **Elke Talhorst** (SPD), 52 J.
 17. 4. **Gisela Ley** (SPD), 57 J.
 19. 4. **Wilhelm Riebniger** (CDU), 54 J.
 20. 4. **Heinz Schleußer** (SPD), 61 J.
 20. 4. **Lothar Hegemann** (CDU), 50 J.
 21. 4. **Heinz Hunger** (SPD), 59 J.
 21. 4. **Anne-Hanne Siepenkothen** (CDU), 48 J.

★

Lothar Hegemann (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, begeht am 20. April seinen 50. Geburtstag. Hegemann ist seit 1975 als selbständiger Versicherungskaufmann tätig. Der CDU gehört er seit 1967 an. Er war Mitglied des Landesverbandes der JU Westfalen-Lippe und Mitglied des Bezirksvorstandes der JU Westfälisches Ruhrgebiet. Auch in der CDU ist er in leitenden Ämtern tätig. Seit 1983 ist er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Recklinghausen und Mitglied im Bezirksvorstand Westfälisches Ruhrgebiet sowie seit 1986 Mitglied des CDU-Landesverbandes NRW. Dem Landtag gehört Lothar Hegemann seit 1980 an. Er ist in der 12. Wahlperiode stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses und gehört dem Ständigen Ausschuss gemäß Artikel 40 der Landesverfassung an. Der Recklinghäuser Abgeordnete ist verheiratet und hat ein Kind.

★

Annelie Kever-Henseler (SPD), wissenschaftliche Mitarbeiterin aus Düsseldorf, wird am 2. April 50 Jahre. Die gebürtige Kölnerin war zunächst als kaufmännische Angestellte bis 1971 beschäftigt. Sie legte dann 1973 das Abitur am Köln-Kolleg ab, studierte Rechtswissenschaften in ihrer Heimatstadt Köln und war von 1986 bis 1990 als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Der SPD gehört sie seit 1972 an und war bis 1991 Vorsitzende des Ortsvereins Köln-Bayenthal/Marienburg/Raderberg/Raderthal. Seit 1985 gehörte sie als Beisitzerin dem Unterbezirksvorstand Köln an. Seit 1990 hat Frau Kever-Henseler einen Sitz im Landtag, wo sie in den Ausschüssen für Schule und Weiterbildung sowie für Migrationsangelegenheiten mitarbeitet. Die Abgeordnete ist verheiratet.

★

Manfred Hemmer (SPD), Verkehrsausschuss-Vorsitzender, ist beim Unterbezirksparteitag der SPD in Hamm zum SPD-Ehrenvorsitzenden gewählt worden. Hemmer gab sein Amt als Unterbezirksvorsitzender nach 25 Jahren an **Ralf-Dieter Lenz** ab.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Dem Urmenschen ins Auge sehen

Als keulenschwingender Höhlenbewohner mit dicken Muskeln und flacher Stirn ist der Neanderthaler eine weltweit bekannte Figur. Er ist ausgestorben. Doch im neuen Neanderthal Museum in Mettmann hat man ihn wiedererstehen lassen. Dort steht er, etwas zu klein und ein bißchen zu muskulös für einen durchschnittlichen Europäer.“ Aber irgendwie doch wie einer von uns“, heißt es in einer Beschreibung der NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege. Er trauert um seine Toten, mißt sich im spielerischen Zweikampf oder unterhält sich einfach nur mit seiner Familie. „Die archäologischen Funde lassen nicht erkennen, daß der Neanderthaler zu seiner Zeit weniger weit entwickelt war als der gleichzeitig mit ihm lebende Homo sapiens“, merkt der Direktor des Neanderthal Museums, Dr. Gerd-Christian Weniger an. Das neue Neanderthal Museum inszeniert die Welt des Neanderthalers sehr aufwendig. Es schickt die rund 160 000 Besucher im Jahr durch einen Zeitunnel, wo ihm große Etappen der Menschheitsgeschichte vorgestellt werden. Fünf Zeitabschnitte sorgen für Übersicht. Insgesamt fünf Themenräume reihen sich aneinander: Leben und Überleben, Werkzeug und Wissen, Mythos und Religion, Umwelt und Ernährung sowie Kommunikation und Medien. Überall machen aufsehenerregende Installationen das Leben und das Geschehen der jeweiligen Zeit anschaulich. Aktuell dazu: Im einzigen abgetrennten Raum der Dauerausstellung ist die Grabstätte von Talheim nachgestellt, die ein süddeutscher Hobbygärtner erst vor wenigen Jahren in seinem Frühbeet entdeckte. Für die Wissenschaft war dieser Fund von größter Bedeutung, denn die über 7 000 Jahre alten Skelette sind offensichtlich Überbleibsel von Opfern eines Massakers. Auf einem knapp 400 Meter langen Wendeltreppengang kann sich jeder urzeitlichen Details widmen. „Wir haben die Informationen so strukturiert, daß vom Grundschüler bis zum Wissenschaftler jeder Besucher die Dinge erfahren kann, die ihn interessieren“, erläutert der Museumsdirektor. Im übrigen bezieht sein Haus auch philosophische Aspekte mit ein. Die drei Leitfragen des Museums lauten: Woher kommen wir? Wer sind wir? Wohin gehen wir? Die finanziellen Mittel für den Neubau des Neanderthal Museums hat die NRW Stiftung zur Verfügung gestellt. Die Einrichtungskosten trug die RWE AG. Das Grundstück stellte die Stadt Mettmann bereit. Der Kreis Mettmann sichert die Betriebskosten. Das Neanderthal Museum ist dienstags bis sonntags zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet.

Foto: Prof. Heiner Schmitz/Stiftung